impuls

Magazin des Departements Soziale Arbeit

3/2021

Existenz Minimum

Gesellschaftliche Veränderungen
Kreative Angebote, neue Einsichten und verantwortungsbewusste Menschen: Direktorin Anna Maria Riedi ordnet ein, wie sich die Pandemie auf die Soziale Arbeit auswirkt. ▸ 4

Was ist soziale Nachhaltigkeit?
Das Soziale wird in der Debatte über die Entwicklungsziele oft vernachlässigt. Eine Auslegeordnung dazu auf Seite ▸ 18

Berner Fachhochschule

Inhalt

Pandemie und Soziale Arbeit: Unsere Direktorin zu den Auswirkungen auf Gesellschaft, Bildung und Profession.

Soziale Arbeit in Konfliktgebieten: Mit einer Online-Veranstaltung erfahren, was Soziale Arbeit fern der Schweiz leistet.

Foyer

4 Das Verständnis für die Soziale Arbeit hat durch die Pandemie zugenommen – Interview mit Anna Maria Riedi
7 Wie genau hat Corona die Forschenden des Departements beschäftigt?
8 Soziale Arbeit ist… Gastbeitrag von Silvio Ballinari

Aula

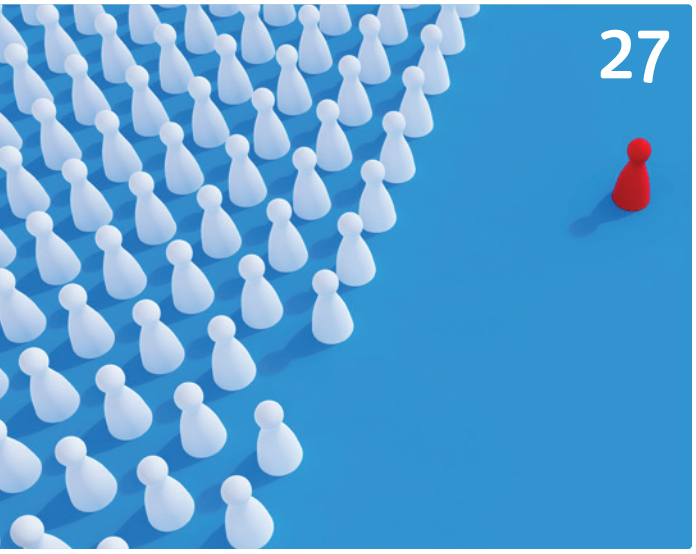
9 Krise im Praxismodul: Herausforderung und Chance für den Bildungsprozess
12 Soziale Arbeit in Konfliktgebieten oder Eine Studienreise der anderen Art
14 Beispiel Armenien: Wie Konflikte den Alltag von Sozialarbeitenden verändern
16 Notizen
17 eingetaucht | aufgetaucht: Lukas Hobi – Wechselspiel von Erwerbslosigkeit und Armut

Forschungsstätte

18 Was ist soziale Nachhaltigkeit? Eine Annäherung
22 Entscheidungsfindungen am Lebensende: Die Option des assistierten Suizids
24 Skizzen

«Die Pandemie hat gezeigt, dass soziale und wirtschaftliche Unterstützung nicht alle Personengruppen in gleichem Masse erreicht. (…) Daher benötigen wir nicht nur starke Sozialwerke, sondern auch eine Forschung, die offene oder verdeckte Bruchstellen im sozialen Gefüge aufzeigt.»

▸ Anna Maria Riedi im Interview: S. 4



Interview zur Veranstaltungsreihe: Erfahren Sie mehr über Mechanismen der Ein- und Ausgrenzung.

Werkstatt

25 Kommunale und regionale Alterspolitik – Chance und Aufgabe für alle

Netz

27 «Es ist beinahe unmöglich, nicht rassistisch zu sein!» – Interview mit Asmaa Dehbi

Kalender

30 Tagungen, Events, Infoveranstaltungen
31 Impressum

Abo-Service:
bfh.ch/soziale-arbeit/impuls

Prof. Dr. Martin Wild
Abteilungsleiter Weiterbildung, Dienstleistung, Forschung
martin.wild@bfh.ch

Liebe Leser*innen

Nachhaltigkeit ist eine Verhaltensmaxime, die rasant an Bedeutung gewinnt und gleichzeitig unter Druck geraten ist. Ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit in der Lebensmittel-, Wasser- oder Energieversorgung sowie im Klimaschutz sind Beispiele, welche uns beschäftigen. Nicht anders ist es mit sozialer Nachhaltigkeit.

Die Pandemie hat uns gezeigt, wie angewiesen wir aufeinander sind und dies global: Unsere Mobilität ist ein gewichtiger Grund, dass sich eine Krankheit auf der ganzen Welt ausgebreitet hat und uns innert kurzer Zeit individuell und als Gesellschaft bedrohen konnte. Ebenso macht die Pandemie sichtbar, wie sich Gesundheitskrisen dramatisch auf das soziale und wirtschaftliche Leben auswirken.

Diese Wechselbeziehungen zwischen lokalen und globalen sowie sozialen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen bilden die 17 Ziele der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung ab. Alle Mitgliedstaaten haben sich ihnen verpflichtet. Wie aber steht es um diese Verpflichtung, wenn die sozialen Folgen der Pandemie für einzelne an die Substanz gehen?

In Lehre und Forschung des Departements Soziale Arbeit finden sich viele Bezüge zu diesen Nachhaltigkeitszielen: Wir forschen zu Fragen der Armut in der Schweiz (Ziel 1) und zu deren Auswirkungen auf die Gesundheit (Ziel 3) und Ungleichheit (Ziel 10). Wir setzen uns in der Lehre mit inklusiver Bildung (Ziel 4), Geschlechtergleichstellung (Ziel 5), menschenwürdiger Arbeit (Ziel 8) sowie friedlichen und inklusiven Gesellschaften (Ziel 16) auseinander.

Mehr dazu und über die Aufarbeitung der Forschung zur sozialen Nachhaltigkeit erfahren Sie auf Seite 18. Ich hoffe, dass Sie diese Auslegeordnung auch in Ihrem persönlichen Engagement für eine nachhaltige Soziale Arbeit inspiriert.

Quelle:
Schweizerische Eidgenossenschaft (2020). *Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung*. Abgerufen von eda.admin.ch/agenda2030/de/home.html

Das Verständnis für die Soziale Arbeit hat durch die Pandemie zugenommen

Anna Maria Riedi ist seit April 2019 Direktorin der BFH Soziale Arbeit. Sie ist Mitherausgeberin des «Handbuchs Sozialwesen Schweiz» und gehört zu den Gründungsmitgliedern der Schweizerischen Gesellschaft Soziale Arbeit.

Interview: Martin Alder
Das Interview fand im Juni 2021 statt.

In den vergangenen Monaten erfuhren breite Teile der Bevölkerung, wie verletzlich ihre eigene Lebenswelt und die sozialen Systeme sind. Im Interview spricht Anna Maria Riedi, Direktorin des Departments Soziale Arbeit, über die gesellschaftlichen Veränderungen während der Pandemie und die Verantwortung, welche die BFH als Hochschule und Forschungsstätte hier trägt.

Frau Riedi, wir führen dieses Interview anfangs Juni 2021, die Covid-19-Fallzahlen sinken und die Massnahmen werden gelockert. Eine ähnliche Situation wie vor einem Jahr, als wir gerade glimpflich aus der ersten Welle kamen und optimistisch meinten, «die Schweiz könne Corona». Wie schätzen Sie heute die Lage nach zwei weiteren Wellen ein?

Anne Maria Riedi: Insgesamt hat die Schweiz die Pandemie gut bewältigt. Wir hatten deutlich mehr Freiheiten im Vergleich zu unseren Nachbarländern und das Funktionieren des Staates war immer gewährleistet. Die Menschen haben für sich und andere Verantwortung übernommen und dazu beigetragen, dass weniger restriktive Massnahmen notwendig waren.

An der BFH haben unsere Mitarbeitenden und Studierenden die nötigen Massnahmen immer mit viel Verantwortung umgesetzt. Dafür bin ich ihnen ausserordentlich dankbar. Unsere Dozierenden waren zudem im Austausch mit anderen Hochschulen, um voneinander zu lernen, wie man Lehre unter den besonderen Bedingungen betreiben kann. Jetzt freuen wir uns aber natürlich über jeden Öffnungsschritt und darauf, wieder vor Ort arbeiten, forschen, lernen und lehren zu können.

Und wie steht es um die Profession der Sozialen Arbeit?

Das Verständnis für soziale Zusammenhänge, für die Bedeutung und Wirksamkeit des Sozialstaats mit seinen sozialen Systemen ist im vergangenen Jahr gewachsen. Durch die Pandemie haben soziale Themen an Bedeutung gewonnen. Unsere sozialen Systeme und Sozialwerke haben sich als äusserst tragfähig und die Soziale Arbeit als wirksam erwiesen. Dadurch haben sie in der Bevölkerung an Wertschätzung gewonnen.

Die Pandemie hat aber auch die verletzlichen Stellen der Gesellschaft offengelegt und Konflikte erzeugt.

> «Die Pandemie hat aber auch die verletzlichen Stellen der Gesellschaft offengelegt und Konflikte erzeugt. Wir haben gesehen, wo neue Lösungen zu suchen sind, wenn sich die Gewichte zwischen den Systemen verschieben.»

Wir haben gesehen, wo neue Lösungen zu suchen sind, wenn sich die Gewichte zwischen den Systemen verschieben. Sozialhilfe, Kinder- und Jugendarbeit, Schulsozialarbeit können vieles, aber nicht alles auffangen.

Die Soziale Arbeit beschäftigt sich per Definition mit den vulnerablen Teilen der Gesellschaft, die für ihre Existenz kämpfen müssen. Wie geht es diesen Menschen?

Die Hilfsprogramme von Bund und Kantonen, unter anderem für Kultur, Gastronomie aber auch den Vereinssport, waren ausserordentlich unterstützend. Fachleute sagen uns, dass die Fallzahlen in der Sozialhilfe 2020 tendenziell sogar tiefer liegen als 2019. Die Verlängerung der Kurzarbeit von 18 auf 24 Monate hat viel Entlastung gebracht. Die aktuellen Schätzungen zur Entwicklung der Fallzahlen in der Sozialhilfe gehen aber weit auseinander: Einige rechnen mit einem Anstieg von zwanzig Prozent, andere gehen von stagnierenden Zahlen aus.

Fachpersonen der Kinder- und Jugendförderung haben schweizweit rasch neue und kreative Angebote bereitgestellt. Bund und Kantone haben auch hier viel Unterstützung geleistet, indem sie Jugendliche bis zwanzig Jahre in den Öffnungsschritten bevorzugt be- ▸

«Wir haben während der Pandemie nicht nur auf die körperliche Gesundheit geachtet, sondern auch auf den sozialen Zusammenhalt und damit auf die soziale Gesundheit. Neue Formen des kulturellen und sozialen Austausches wurden erprobt.»

handelt haben. Ganz wichtig scheint mir, dass nach dem Frühjahr 2020 auf Homeschooling verzichtet wurde. Dies hätte die Bildungsunterschiede durch die ungleichen familiären und wohnlichen Verhältnisse deutlich vergrössert. Denn gerade hier sahen wir die Herausforderungen aufgrund sozialer Ungleichheiten deutlich: Wenn Familien in kleineren Wohnungen ganztags zusammenleben, ein Elternteil – leider meist immer noch die Frauen – zusätzliche Kinderbetreuung übernehmen muss oder wenn für Homeoffice und Homeschooling für die ganze Familie nur ein Laptop vorhanden ist.

Persönlich habe ich grossen Respekt vor den Menschen in stationären Einrichtungen wie Alters- und Pflegeheime oder in Institutionen für Menschen mit Behinderungen. Sie mussten viele Einschränkungen in ihren persönlichen Freiheiten und im Kontakt mit Angehörigen hinnehmen. Das waren sehr hohe Belastungen.

Als Hochschule kann die BFH zur Entspannung der Auswirkungen der Pandemie beitragen. Können Sie kurz skizzieren, wie dieser Beitrag aussieht?

Zum einen bilden wir angehende Fachkräfte für die Soziale Arbeit aus. Fachkräfte, die ihre eigenen Erfahrungen, ihr eigenes soziales Engagement und ihre Praxiserfahrungen in der Pandemiezeit in die Lehre einbringen und hier kritisch und konstruktiv reflektieren. Zum anderen forschen unsere Mitarbeitenden beispielsweise zum Wohlbefinden von Sozialhilfebeziehenden während und nach der Pandemie oder zusammen mit Kantonen zu Instrumenten der Armutsbeobachtung (mehr Informationen zu verschiedenen Forschungsprojekten des Departements finden Sie im Kasten auf S. 7).

Die Pandemie hat gezeigt, dass soziale und wirtschaftliche Unterstützung nicht alle Personengruppen in gleichem Masse erreicht. So mussten einkommensschwächere Personen in den letzten Monaten häufiger auf ihre Ersparnisse zurückgreifen, während die höchsten Einkommensklassen Ersparnisse anhäufen konnten. Daher benötigen wir nicht nur starke Sozialwerke, sondern auch eine Forschung, die offene oder verdeckte Bruchstellen im sozialen Gefüge aufzeigt. So kann die Entspannung der aktuellen Situation aufgrund datenbasierter Erkenntnisse unterstützt und vorangetrieben werden.

Die Pandemie zeigte gerade im Gesundheitsbereich dringenden Handlungsbedarf auf. Sehen Sie im diesem Bereich Möglichkeiten, wie sich die Soziale Arbeit in die interprofessionelle Zusammenarbeit einbringen kann?

Die Fachpersonen des Gesundheitswesens leisten derzeit Ausserordentliches. Zudem haben wir das Glück, dass wir uns in der Schweiz auf ein hervorragendes Gesundheitssystem verlassen können. Wir haben während der Pandemie aber nicht nur auf die körperliche Gesundheit geachtet, sondern auch auf den sozialen Zusammenhalt und damit auf die soziale Gesundheit. Neue Formen des kulturellen und sozialen Austausches wurden erprobt. Die Gemeinwesenarbeit war hier vorbildlich, zum Beispiel in Form von Gartenkonzerten vor Pflege- und Altersheimen oder bei der Stärkung der Nachbarschaftshilfen über digitale Medien. Hier verfügt die Soziale Arbeit, die immer schon interprofessionell und transdisziplinär ausgerichtet ist, über die notwendige Expertise, nicht zuletzt dank Forschungsdesigns, die sich neben der Problemanalyse auch für Gelingensfaktoren interessieren.

Wie Sie gerade dargelegt haben, besteht an diesem Punkt der Pandemie vielerorts Handlungsbedarf. Doch um diesen anzugehen, braucht es auch den Willen unterschiedlicher Entscheidungsträger. Wie stehen hier die Zeichen?

Im letzten Jahr ermöglichten die politischen Entscheidungsträger*innen den Institutionen im Sozialbereich mehr – insbesondere finanzielle – Spielräume, um pandemiebedingte Lasten abzufedern. Daher bin ich diesbezüglich zuversichtlich.

Im Hochschulbereich haben der Schweizerische Nationalfonds aber auch Bund, Kantone oder private Träger verschiedene Förder- und Forschungsprogramme gestartet, um die bereits bestehenden oder zu erwartenden Auswirkungen zu erforschen.

Eindruck hat mir auch gemacht, wie sich das Gewerbe für die Lernenden und wie sich unsere Praxispartner*innen für unsere Studierenden im Praktikum eingesetzt haben. Mit vielen innovativen Ideen haben sie den Lernenden und den Studierenden ermöglicht, ihre Ausbildung in der Coronazeit so gut wie möglich weiterzuverfolgen.

Aber wie der Staatsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde sinngemäss sagte, lebt der Staat von Voraussetzungen, die er selbst nicht schaffen kann. Dazu gehört auch ein gutes Zusammenspiel von Einzelpersonen, von sozialen, wissenschaftlichen, kulturellen und religiösen Organisationen, von Wirtschaft und Staat. Und dass wir hier in der Schweiz ein gutes Zusammenspiel haben, ist entscheidend. ■

Martin Alder, Mitarbeiter Kommunikation
martin.alder@bfh.ch
…kümmert sich um die Forschungskommunikation und leitet die Redaktion des BFH-Blogs «knoten & maschen».

Wie genau hat Corona die Forschenden des Departements beschäftigt?
Wir haben nachgefragt.

Die Stimme der Kinder und Jugendlichen in der Pandemie
Um Wissen über die kurz- und mittelfristigen Folgen zu gewinnen, die sich aus den Massnahmen zur Eindämmung der Pandemie für Kinder und Jugendliche ergeben, wurde ich Forschungspartnerin in der internationalen Kooperationsstudie «Covid Kids» (2020–2021) . Diese und weitere Studien zu den Folgen der Massnahmen ergänzten meine Projekte zur Kinder- und Jugendforschung, Elternbildung und Teilhabe in der Armutsthematik sehr gut. Auf einer Netzwerktagung und in den Medien konnte ich auf die doppelte Belastung der jungen Generationen aufmerksam machen: die erschwerte Freizeitgestaltung und das Ausloten der Selbst- und Fremdbestimmung als zentrale Entwicklungsmomente dieser Lebensphase wurden schwierig. Hier ist mir wichtig, dass die Politik die Stimme von Kindern und Jugendlichen verstärkt ernst nehmen.

Kontakt: Prof. Dr. Emanuela Chiapparini, emanuela.chiapparini@bfh.ch

Neue Fragen an die Qualität der Arbeitsbedingungen
Mit dem «Barometer Gute Arbeit» messen wir seit 2015 jährlich in Kooperation mit Travail.Suisse, dem unabhängigen Dachverband der Arbeitnehmenden, die Qualität der Arbeitsbedingungen in der Schweiz anhand einer repräsentativen Stichprobe von 1'500 Arbeitnehmenden. Unsere Bewertung orientiert sich am Konzept einer nachhaltigen Erwerbstätigkeit. Diese soll die Gesundheit schützen, auf Motivation basieren und den Arbeitnehmenden eine sichere Existenz geben. In den Jahren 2020 und 2021 haben wir die Fragen zur Corona-Krise ergänzt. Letztes Jahr haben wir deshalb über Kurzarbeit, Homeoffice und erhöhte Betreuungspflichten berichtet. Im laufenden Jahr werden wir zusätzlich Ergebnisse zu Impfungen und Tests am Arbeitsplatz veröffentlichen.

Kontakt: Prof. Dr. Tobias Fritschi, tobias.fritschi@bfh.ch

Armutsmonitoring für bessere politische Entscheide
Globalisierung, Digitalisierung und Krisen wie die jüngste als Folge der Corona-Pandemie verändern die Armutsrisiken und beeinflussen die Höhe und Verteilung der Einkommen. Aus diesem Grund stellen wir uns die Frage, unter welchen Bedingungen und in welchem Ausmass die bestehenden Instrumente des Wohlfahrtsstaates einen Ausgleich schaffen. Deshalb betrachten wir diese Themen gleich in mehreren Grundlagen- und Auftragsforschungsprojekten. Gemeinsam mit Caritas Schweiz haben wir beispielsweise einen Modellvorschlag zur Verbesserung der Armutsbeobachtung in den Schweizer Kantonen entwickelt. Damit können die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Armut verfolgt und Grundlagen für die Politik und Entscheidungsträger geschaffen werden.

Kontakt: Prof. Dr. Oliver Hümbelin, oliver.hümbelin@bfh.ch

Evidenzbasierte politische Entscheide dank Forschungsüberblick
In einem Forschungsprojekt im Auftrag des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV) untersuchen wir die Studienlage zum Thema Armut und Ungleichheit im Kontext der Corona-Pandemie. Mittels einer Befragung von Forschenden über die Online-Plattform «Airtable» erfassen wir Forschungsprojekte und deren zentrale Merkmale. Gleichzeitig bauen wir eine Literaturdatenbank mit einschlägigen Publikationen auf, die sowohl bibliografische Daten wie auch Wissenselemente erfasst. Die zentralen Erkenntnisse fassen wir in einem Synthesebericht für das BSV zusammen, damit politische Verantwortliche und Behörden wissen, in welchen Bereichen Forschungsergebnisse zu erwarten sind oder bereits vorliegen, um als Grundlage für evidenzbasierte politische Entscheide zu dienen.

Kontakt: Prof. Dr. Michelle Beyeler, michelle.beyeler@bfh.ch und Claudia Schuwey, claudia.schuwey@bfh.ch

Wohlbefinden während und nach der Pandemie
Schon im Frühling 2020 konnten wir in einer Studie zeigen: Je belastender die Covid-19-Pandemie von Sozialhilfebeziehenden wahrgenommen wird, desto tiefer ist ihr Wohlbefinden. Dabei haben die Schutz- und Risikofaktoren eines Menschen einen massgeblichen Einfluss. Je autonomer, selbstwirksamer und sozial eingebundener sich jemand fühlt, desto besser geht es ihr oder ihm. Zudem: Je besser sich eine Person von seinem Sozialdienst unterstützt fühlt, desto höher ist ihr Wohlbefinden. In einer Nacherhebung untersuchen wir nun die mittel- bis langfristigen Folgen der Pandemie.

Kontakt: Prof. Dr. Simon Steger, simon.steger@bfh.ch

Soziale Arbeit ist…

von Silvio Ballinari

Salben, Extrakte, Tinkturen und mehr sind sein Leben: **Silvio Ballinari** führt die Zähringer Apotheke Ballinari im Berner Länggassquartier und dies mit Leidenschaft. Der 70-Jährige lebt in Wohlen und im Tessin.

Die Kolumne bietet eine Carte blanche für Fachfremde und öffnet den Blick für das, was sie mit Sozialer Arbeit verbinden oder was an ihrer Arbeit sozial ist.

«[…], dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen». Dieses Bekenntnis zum Sozialstaat in der Präambel unserer Schweizerischen Bundesverfassung ist nicht selbstverständlich, wo doch das Wort ***sozial*** Assoziationen weckt wie Sozialismus, Kommunismus – also Staatsformen, die unsere Freiheit gefährden. Wir Schweizer*innen, die wir glauben in einem freien Staat zu leben, können uns deshalb kaum vorstellen, dass das Soziale sich mit Freiheit vereinen lässt. So sind die Bezeichnungen «sozial» und «liberal» politisch zu einem Gegensatz geworden.

Doch was heisst sozial? Der «socius», von dem das Wort abgeleitet wird, ist ein Verbündeter, eine Kameradin, kurz ein Mitmensch, mit dem ich in einer Beziehung stehe. Mein Handeln wäre dann als sozial zu bezeichnen, wenn ich ihm oder ihr beistehe, ihn oder sie unterstütze und als Teil eines Ganzen sehe, zum Beispiel als Mitglied einer Gesellschaft oder eines Staates. Dass sich die Stärke des Volkes nun an seiner sozialen Fähigkeit misst, nämlich am Wohl des Schwachen, ist eine bemerkenswerte Aussage. Auch ist in der gleichen Präambel der Verfassung die Rede von «Solidarität» und «gegenseitiger Rücksichtnahme». Wer aber glaubt, dass diese Werte nicht vereinbar sind mit der «Freiheit», täuscht sich, in der Präambel wird sie sogar explizit gepriesen und in der Verfassung mehr als sechzig Mal erwähnt.

Die Absicht des Schweizer Volkes ist also, gleichzeitig frei ***und*** sozial zu sein, das eine schliesst offenbar das andere nicht aus. Nur, das eine kann man delegieren, das andere nicht. Es gibt den oder die Sozialarbeiter*in, nicht aber den oder die Freiheitsarbeiter*in. «[…], dass frei nur ist, wer seine Freiheit gebraucht», heisst es weiter in der Verfassung. Freiheit ***hat*** man oder man nimmt sie sich, sozial ***ist*** man. Ist sozial zu sein gar eine Tugend, die Tugend des heute so oft lächerlich gemachten «Gutmenschen»? Ist es nicht gerade diese Tugend, die dafür sorgt, dass die Schwachen auch zu ihren Freiheiten kommen? Sind es nicht auch diese «Gutmenschen», die ganz im Sinne der Präambel unserer Bundesverfassung handeln und die Spielregeln, die wir uns als Staat durch demokratische Beschlüsse gegeben haben, ernst nehmen und respektieren?

Wer im Gegenzug sind die Bürger*innen, die nun diese «Gutmenschen» verunglimpfen und für naiv erklären? Wenn sie zuerst an sich denken, nennen sie es Eigenverantwortung, wenn sie an die andern denken, fürchten sie um ihre Freiheit. Will der Staat durch bessere Regeln mehr Gerechtigkeit schaffen und damit die Schwächeren schützen, führen sie als Argumente den bürokratischen Aufwand und die Kosten ins Feld.

Hätte man die Bürokratie als Vorwand genommen, um die Sklaverei, Todesstrafe und Rassendiskriminierung nicht abzuschaffen oder hätte man auf die Menschenrechte und andere Grundrechte deshalb verzichtet, so wäre dies ein unvorstellbares Armutszeugnis für die Menschheit gewesen. Freiheit und Gerechtigkeit haben ihren Preis, der aber nicht zwingend pekuniärer Natur ist. Manche Arbeiten gelingen besser, wenn sie nicht mit der Absicht einer Gegenleistung ausgeführt werden. Man möge sich das Märchen von Frau Holle vor Augen halten, in dem die Gute Marie ohne Order die Brote aus dem Ofen nimmt und den Apfelbaum schüttelt. Sie tut es nur, weil es die Situation verlangt, in voller Freiheit und ohne Erwartung einer Belohnung. Ist dies schon soziale Arbeit?

Ja, denn soziale Arbeit ist eine Tätigkeit, die auf direkte Gegenleistung verzichtet. Unterstütze ich jemanden, um mir einen eigenen Vorteil zu sichern, so ist dies ein Geschäft oder allenfalls reiner Opportunismus. Soziales Handeln hingegen geschieht aus Überzeugung, es ist eine Absicht, so wie sie eben in der Bundesverfassung definiert ist. Dass sich Staaten und Gesellschaften Spielregeln geben, um ein friedliches Zusammenleben zu ermöglichen, ist klug und eigentlich selbstverständlich. Diese Regeln sind, sofern sie auch demokratisch geschaffen wurden, Zeugnis einer Selbstbestimmung, die es zu respektieren gilt. Nur leider tun sich viele schwer damit, diese einzuhalten. Wie heisst es im Lied von Mani Matter so treffend:

«Dene wos guet geit, giengs besser, giengs dene besser, wos weniger guet geit. | Was aber nid geit, ohni dass's dene weniger guet geit, wos guet geit. | Drum geit weni, für dass es dene besser geit, wos weniger guet geit. | Und drum geits o dene nid besser, wos guet geit.» ■

Krise im Praxismodul:
Herausforderung und Chance für den Bildungsprozess

Janine Lüscher

Einen Drittel ihres Studiums verbringen Bachelor-Studierende der Sozialen Arbeit in der Praxis. Nicht selten geraten sie in dieser Ausbildungsphase in eine Krise. Die BFH-Praxistagung bot den Verantwortlichen aus Hochschule und Praxis Gelegenheit, sich über Ursachen und Umgang mit solchen Krisen auszutauschen. Der grosse Andrang zeigte, wie sehr das Thema bewegt.

Luca Müller hatte schon als Junge einen ausgeprägten Gerechtigkeitssinn. Er setzte sich auf dem Schulhof für die Schwächeren ein, sammelte in der Freizeit für wohltätige Projekte. Auch interessierte er sich früh für sozialpolitische Themen. Nach dem Gymi kommt für ihn nur ein Studium der Sozialen Arbeit in Frage. Mit Enthusiasmus beginnt Luca sein Bachelor-Studium an der BFH. Nach zwei intensiven Theoriesemestern startet er in sein erstes von zwei Praxissemestern in einem Arbeitsintegrationsprogramm für stellenlose Jugendliche. Nach wenigen Wochen weicht die anfängliche Begeisterung einer Ernüchterung. Luca nimmt sich einige der schweren Schicksale seiner jungen Klient*innen sehr zu Herzen. Einige haben dermassen belastete Familienverhältnisse, dass sich Luca oft machtlos fühlt. Andere Jugendliche hätten gute Chancen im Arbeitsmarkt, zeigen sich aber unmotiviert und lassen sich nicht auf Lucas Hilfsangebote ein. Luca fängt an, seine Studienwahl in Frage zu stellen. Er mag sich kaum mehr auf sein Praktikum einlassen und überlegt, alles hinzuschmeissen.

Lernort Praxis

Das Bachelor-Studium bildet bekanntlich Fachkräfte für alle Handlungsfelder der Sozialen Arbeit aus. Der Studiengang besteht aus Theorie- und Praxissemestern, wobei die Studierenden insgesamt zirka einen Drittel als Lernende (Praktikant*innen) in der Praxis verbringen.

Dem Lernort Praxis kommt somit eine gewichtige Rolle zu. Die Praxismodule nehmen nicht nur quantitativ viel Raum ein, der Lernort Praxis hat auch qualitativ grosse Bedeutung. Die Ausbildung zur Fachkraft der Sozialen Arbeit braucht die Praxis als eine Art Kulisse, vor der lernendes Handeln beobachtet und reflektiert werden kann. Praxis lehrt unter anderem, indem sie widersprüchliche Handlungsaufforderungen bereithält und vermeintliches Wissen infrage stellt. Sie gibt den Studierenden Anlass, Handlungsmuster zu hinterfragen und stellt die Orientierungsfunktion akademischen Wissens auf die Probe (Moch, 2009, S. 195–196).

Krise im Praxismodul? Eine Verortung

Der im fiktiven Beispiel von Luca beschriebene Umstand, dass Studierende der Sozialen Arbeit gerade im Rahmen der Praxisausbildung häufig in Krisen geraten, ist erforscht und belegt. An der BFH-Praxistagung gewährte Gastreferent Prof. Dr. Roland Becker-Lenz (FHNW) Einblick in seine Forschungstätigkeit zum Thema. Er präzisierte, dass es sich in diesem Kontext in der Regel nicht um traumatische Krisen handle, die sich in psychischen und physischen Erschöpfungszuständen oder in Krankheiten äussern. Der Begriff Krise kennzeichne hier Situationen, in denen «wir Anforderungen gegenüberstehen, für die wir noch keine Routinen oder Entscheidungskriterien gebildet haben».

Becker-Lenz unterscheidet Routinen und Krisen. Für routinehafte Handlungen finden wir demnach vordefinierte Kriterien oder Regeln vor. Das heisst, wir wissen in diesen Fällen, wie man sich bestimmten Anforderungen gegenüber verhält. Treffen Studierende im Praktikum auf neue Anforderungen, dann stünden solche Regeln und Kriterien womöglich nicht zur Verfügung.

Auf der Grundlage seiner Forschungsergebnisse führt er die auftretenden Krisen auf verschiedene Gründe zurück: So kann das Studium dazu führen, dass die ursprüngliche Motivlage der Studierenden in Frage gestellt wird. Sie kämen in die Praxis mit einer gewissen Vorstellung davon, was Soziale Arbeit ist und stellten nun womöglich fest, dass diese nicht ihren Erwartungen entspricht.

Dann kann es nach Becker-Lenz sein, dass Studierende mit bestimmten Zielen oder Pflichten der Berufspraxis Mühe haben und im Praktikum realisieren, dass eine bestimmte Wertorientierung im Beruf gar nicht hinreichend bedient wird – so wie im Beispiel das starke Gerechtigkeitsstreben von Luca.

Dazu käme die Schwierigkeit, Wissensbestände in die Praxis zu integrieren. Studierende starteten mit einem Bestand an Alltagswissen, allenfalls auch schon mit erstem beruflichem Erfahrungswissen und neu erworbenem wissenschaftlichen Wissen von der Hochschule in die Praxis. Das grosse Problem bestehe nun darin, diese ▸

vielen – sich teilweise konkurrenzierenden – Wissensbestände zu relationieren und in ein sinnvolles Ganzes zu integrieren.

Andere Punkte, die Becker-Lenz nennt, sind die Nicht-Standardisierbarkeit unserer Berufspraxis im methodischen Bereich oder die Notwendigkeit, sich gegenüber den doch recht hohen Anforderungen der Berufspraxis etwas abzugrenzen.

Die Stimmen der Praxis

An der Praxistagung beschäftigten sich weit über hundert Teilnehmende in zahlreichen Workshops mit der Frage, wie sie in ihrer Rolle als Praxisausbildende krisenhafte Phänomene bei den Studierenden erleben. Dabei bestätigten sich einige der obgenannten Themen, weitere stiessen dazu.

In einigen Gruppen wurde identifiziert, dass die von Becker-Lenz erwähnte Nicht-Standardisierbarkeit der Praxis für viele Studierende ein Problem darstellt. Insbesondere dort, wo unterschiedliche Haltungen und Handhabungen in einem Team anzutreffen sind, fehle den Studierenden die Orientierung, was häufig zu Loyalitätskonflikten führe.

Aus dem Geschilderten wurde klar, was geschehen kann, wenn Studierende mit hoher Motivation auf unmotivierte Klient*innen treffen. Studierende möchten mit ihren Klient*innen viel erreichen – Klient*innen ihrerseits brauchen Zeit für Veränderungsschritte. Dies kann Studierenden Mühe bereiten. Sie übernehmen dann teilweise zu viel Verantwortung und fühlen sich zuständig für die Ziele ihrer Klient*innen. Dem steht eine hohe Fallbelastung gegenüber, welche mit ihrem Wunsch, den Klient*innen eine enge Begleitung zu bieten, nicht kompatibel ist.

Insbesondere aus dem stationären Bereich sozialpädagogischer Felder berichteten Tagungsteilnehmende von einer zunehmenden Herausforderung für Studierende mit langen Diensten, Präsenzzeiten und unregelmässigen Arbeitszeiten zurechtzukommen.

Als Ursachen dieser Krisenphänomene sahen die Tagungsteilnehmenden verschiedene Gründe. In Bezug auf die Arbeitszeiten gab es Stimmen, die von einer «Verwöhnkultur» sprachen und offenbar beobachtet hätten, dass unter den Studierenden die Bereitschaft abgenommen habe, sich unbequemen Arbeitsbedingungen zu fügen. Andere registrierten eher einen gesteigerten Leistungsdruck der Studierenden an sich selbst oder sahen in gestiegenen Anforderungen der Hochschule Gründe für eine zunehmende Belastung ihrer Praktikant*innen.

Vielfach wurde von Vorstellungen über die Praxis gesprochen, die nicht mit der Realität übereinstimmten. Erwartungen standen dabei immer wieder im Vordergrund: (a) die eigenen (mehrheitlich sehr hohen) Erwartungen der Studierenden an sich selbst, (b) der sich selbst auferlegte Druck, die Erwartungen der Klient*innen und der Institution zu erfüllen oder (c) die zu wenig klar kommunizierten gegenseitigen Erwartungen von Praxisausbildenden und Praktikant*innen.

Bei der Frage, wie sich die Krisen auf die Erfüllung der beruflichen Handlungsanforderungen auswirken, kamen in den Gruppendiskussionen in fast gleichen Teilen positive wie negative Aspekte zum Vorschein.

Bin ich hier am richtigen Ort? Ein Praktikum bringt derart viel Neues, dass es Zweifel auslösen

Chancen wurden beispielsweise in der Auseinandersetzung mit der Frage gesehen, was ich möchte und was nicht. Dies schärft meine Haltung und kann zu einer Neupositionierung führen. Krisen können aus dieser Sicht, Selbstreflexion anregen, woraus Sätrke gewonnen und der Habitus gestärkt oder angepasst werden kann. Bereits vorhandene Routinen können durchbrochen und neue Handlungs- und Selbstkompetenzen sowie hilfreichere Strategien entwickelt werden.

Gefahren erkannten die Tagungsteilnehmenden darin, dass Krisen dazu führen können, dass das Engagement der Studierenden zurückgeht. Handlungsblockaden, Vermeidungsverhalten bis hin zu Krankheitsabsenzen könnten die Folge von Krisen sein.

Verantwortung der Praxisorganisationen?

Unter den Teilnehmenden kam klar zum Ausdruck, dass ein Teil der Verantwortung in solchen Krisen bei den Organisationen liegt. Krisen von Praktikant*innen sahen manche aber durchaus auch als eine Chance, in

kann.

Praxisorganisationen Entwicklungsprozesse anzustossen. Offenheit gegenüber Impulsen der Studierenden kann demnach innerhalb einer Praxisorganisation zu Optimierungen führen, denn Krisen decken manchmal auch ineffiziente Abläufe auf.

In vielen Gruppen wurde das Thema Fehlerkultur diskutiert. Man war sich weitgehend einig, dass Ehrlichkeit und Transparenz für die Praxis selbstverständlich sein sollten. Es gehöre dazu, sich als Mensch zu zeigen, der auch nach mehreren Berufsjahren noch dazu lernt und Fehler macht. Nicht zuletzt sei es wichtig, Krisen zu normalisieren. Sie sollten als zum Berufsalltag gehörend gewürdigt werden. Es liegt auf der Hand, dass zeitliche Ressourcen für die Begleitung, ein wertschätzendes Klima und ein gemeinsamer Reflexionsprozess zwischen den Praxisausbildenden und den Studierenden im Praxismodul die Basis dazu bilden.

Was muss die Hochschule leisten?

Auch auf die Frage, was die Fachhochschule in dieser Hinsicht tun kann oder muss, fanden die Teilnehmenden Antworten. Als Wunsch an die BFH formulierten sie, dass das Angebot verschiedener Formen von Ausbildungspraktika erweitert werden könnte, zum Beispiel Jahrespraktika oder berufsbegleitende Ausbildung. Weiter wurde angeregt, die Studierenden im Praxismodul im Unterricht vorbereitend aufzuklären, dass Krisen für ihre Habitusbildung wichtig sind.

Auch regten die Teilnehmenden an, dass von Seiten der BFH Supervisions- und Intervisionsangebote auch nach dem Praxisausbildungskurs sinnvoll wären, weil dies die Qualität der Ausbildung steigern würde.

Zudem wurde auf die Wichtigkeit hingewiesen, dass sich die praxisbegleitenden Lehrpersonen der Hochschule mit den Praxisorganisationen vernetzen und sich ein umfassendes Bild der Arbeit der Studierenden machen. Die Aussensicht der Lehrpersonen anlässlich von Praxisbesuchen sei gefragt und der Austausch werde geschätzt. Auch wurde der Wunsch geäussert, neue Gefässe für den Theorie-Praxis-Transfer zu schaffen, die die Praxisausbildenden miteinbeziehen. Es wurde klar, dass die Praxisvertreter*innen die Ausbildung der Studierenden in den Praxismodulen als «gemeinsame Arbeit an der Qualität der Ausbildung» verstehen.

Ausblick auf das Curriculum 2023

Im Rahmen der laufenden Revision des Bachelor-Studiengangs Soziale Arbeit (Curriculumsrevision 2023) finden einige dieser Wünsche und «lessons learned» aus der Praxistagung Eingang (siehe hierzu auch impuls 1/21).

Die «Kooperation mit der Praxis» gewinnt im zukünftigen Studiengang an Vielfalt, Breite und Bedeutung dazu. Das angedachte Curriculum des zukünftigen Bachelor of Science Soziale Arbeit sieht vor, Krisen im Praxismodul stärker aufzufangen und sie als Bildungsprozesse auf individueller und organisationaler Ebene im Sinne einer Entwicklungsgelegenheit nutzbar zu machen. ■

Literatur
- Abplanalp, E. (Hg.). (2014). *Lernen in der Praxis. Die Praxisausbildung im Studium der Sozialen Arbeit*. Luzern: interact.
- Moch, M. (2009). Wie lehrt Praxis? In Albert Mühlum & Günther Rieger (Hg.). *Soziale Arbeit in Wissenschaft und Praxis*. Lage: Jacobs.
- Müller-Hermann, S. & Becker-Lenz, R. (2012). Krisen als Voraussetzung der Bildung von Professionalität. In Roland Becker-Lenz, Stefan Busse, Gudrun Ehlert & Silke Müller-Hermann (Hg.). *Professionalität Sozialer Arbeit und Hochschule. Wissen, Kompetenz, Habitus und Identität im Studium Sozialer Arbeit*. Wiesbaden: Springer.
- Becker-Lenz, R. & Müller-Hermann, S. (2014). Die Bildung des professionellen Habitus im Studium der Sozialen Arbeit. In Claudia Roth & Ueli Merten (Hg.). *Praxisausbildung konkret. Am Beispiel des Bachelor in Sozialer Arbeit der Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW*. Opladen: Budrich.

Janine Lüscher, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Janine.luescher@bfh.ch

... arbeitet im Ressort Praxisausbildung und unterrichtet unter anderem in der Theorie-Praxis-Werkstatt, welche die Studierenden an der Hochschule während dem ersten Praxismodul besuchen.

Soziale Arbeit in Konfliktgebieten
oder Eine Studienreise der anderen Art

Jan Zychlinski

Sozialarbeitende können in bewaffneten Konflikten eine wichtige Rolle spielen. Sie organisieren unter anderem Nothilfe, unterstützen Geflüchtete beim Bearbeiten von Traumata und helfen Gemeinschaften sich zu organisieren. Dies für Studierende erfahrbar zu machen, gelingt gut dank Studienreisen. Doch auch andere Formate eignen sich, wie die Winter School 2021 beweist.

Die Corona-Pandemie beeinträchtige fast alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. In der Bildung betrafen die Auswirkungen auch Erwachsene als Adressat*innen tertiärer Bildung. Das Modul «Social Work in Conflicts» entstand als Reaktion auf eine wegen Corona abgesagte Bachelor-Studienreise. Diese hätte uns im Februar 2021 nach Belfast führen sollen, damit sich Studierende vor Ort mit der spezifischen Situation der Sozialarbeit im langjährigen Konflikt zwischen protestantischer, pro-englischer und katholischer, pro-irischer Bevölkerung auseinandersetzen können.

Ein Blick über den Tellerrand hinaus

Als Alternative entwickelten wir eine englischsprachige Studienwoche als Online-Angebot, die mit 85 Teilnehmenden auf unerwartet grossen Andrang stiess. Das erstaunt, weil das Thema weder in der Schweiz noch auf internationaler Ebene in der Ausbildung von Sozialarbeitenden eine grosse Rolle spielt und auch in der Praxis nur wenig systematisches Wissen darüber besteht. Vor allem in den westlichen, wohlfahrtstaatlich orientierten Sozialsystemen überwiegen individuumbezogene Ansätze. Auch sind kriegerische Konflikte in unseren Kontexten zum Glück die Ausnahme. Dennoch schien uns die internationale Dimension interessant, gerade in einer Zeit mit innergesellschaftlichen Spannungen, wie sie Pandemie und Nach-Pandemie-Phase mit sich bringen.

Chantal Egli, Studentin: «Durch das Blockmodul habe ich in kürzester Zeit Einblicke in die Soziale Arbeit in verschiedenen Weltregionen erhalten. Ein besonderes Highlight war der Austausch mit einem Partner aus Ruanda. Dabei stellten wir fest, dass die Community Work in Ruanda einen hohen Stellenwert hat und wir machten uns Gedanken, welche Möglichkeiten sich für die Schweiz diesbezüglich bieten könnten.»

Sarah Schneiter, Studentin: «Das Modul zeigte einmal mehr die Wichtigkeit unserer Profession. Es war faszinierend und bereichernd, mit Sozialarbeiter*innen aus Konfliktgebieten in Kontakt treten zu können!»

Internationale Gäste

Gemeinsam mit Rory Truell, der bereits mehrfach als Lehrbeauftragter am Departement engagiert war, hat der Autor als Modulverantwortlicher das Konzept des Moduls erarbeitet. Als Generalsekretär der International Federation of Social Workers (IFSW) verfügt Truell über weltweite Erfahrungen mit Konflikten. Zusammen mit internationalen Kontakten des Autors konnten sowohl Hochschul-Lehrpersonen wie auch Vertreter*innen der Praxis der Sozialen Arbeit aus acht Konfliktregionen als Partner*innen gewonnen werden. Namentlich waren es neben (1) Nordirland die folgenden aktuellen Konfliktgebiete: (2) Armenien, wo im Herbst 2020 ein jahrzehntelang schwelender Konflikt mit dem Nachbarland Aserbeidschan in einem vierzigtägigen Krieg eskalierte, (3) Weissrussland mit seinen bis heute aktuellen Protestkundgebungen, (4) Ukraine, dessen Krieg mit von Russland unterstützten Separatisten um den Osten des Landes seit 2014 dauert und (5) Yemen, wo ethnische und religiöse Konflikte inzwischen mit internationaler Einmischung ausgefochten werden. Dazu kamen die beiden Langzeitkonflikte (6) Palästina-Israel (mit Vertreter*innen von beiden Seiten) und (7) Zypern mit seinem Hoheitsstreit. Nicht zuletzt behandelten wir das Post-Konflikt-Gebiet (8) Ruanda.

Ablauf und Inhalt

Die Teilnehmer*innen erhielten zunächst theoretische Informationen zum Thema und hörten unter anderem, welche Aufgaben Sozialarbeitende übernehmen in den verschiedenen Konfliktphasen (Konfliktvermeidung, -lösung und -bewältigung), die man in bewaffneten Konflikten unterscheidet. Darauf folgten konkrete

Geflüchtet vor dem Krieg: Frauen mit Kindern bei der Bedürfnisabklärung durch Sozialarbeiterinnen, Armenien im Januar 2020

Einblicke in die Rolle von Sozialarbeiter*innen in zwei ausgewählten Konflikten. Zum einen berichtete Mariam Mazmanyan, die seit Dezember an der BFH ein Forschungsjahr absolviert, sehr anschaulich über ihre Arbeit während und nach dem Krieg in Armenien (vgl. Interview S. 14). Zum andern spannte Carolyn Ewart aus Belfast den Bogen von den sogenannten «Troubles», der Jahre 1969–1998 bis zur heutigen Situation.

Danach führten die Student*innen während zweier Tage online Interviews und Gespräche mit Partner*innen in den obgenannten Regionen. Dazu hatten die Studierenden Gruppen gebildet, die je ein Gebiet wählten. Anhand eigener Fragestellungen erarbeiteten sie sich vertieftes Hintergrundwissen zum ausgewählten Konflikt, zu seiner Geschichte sowie zu spezifischen Konfliktformen in den Regionen. Dabei stand stets die Frage im Mittelpunkt, welche Rolle die Soziale Arbeit tatsächlich spielt oder spielte, um dies dann in Beziehung zu setzen mit der Rolle, die sie spielen könnte.

Mehr als nur eine interessante Erfahrung

Das Modul war nach dem didaktischen Konzept des Forschenden Lernens aufgebaut. Dies erforderte von den Studierenden sehr viel Selbstständigkeit. Im selbstorganisierten Lernprozess standen wir Dozent*innen als Coaches zu Verfügung. Als eine Schwierigkeit erwies sich dabei die Grösse der Gruppen, weil die Selbstorganisation bei Gruppen mit bis zu zehn Teilnehmer*innen eine grosse Herausforderung darstellt. Dennoch bewältigten alle Gruppen diese Hürde mit guten bis sehr guten Leistungen. Sehr interessant war es für den Autoren insbesondere, die Reflexionsprozesse über das persönliche Sozialarbeitsverständnis der Teilnehmer*innen zu lesen. Dasselbe gilt für die kritischen Fragen zu den Grundlagen und ethischen Fragen der Sozialen Arbeit, die sie diskutierten und reflektierten.

Lisa Kesselring, Studentin: «Es ist wertvoll, Soziale Arbeit in Konfliktländern in der Ausbildung zu thematisieren. Ich habe den Eindruck erhalten, dass Soziale Arbeit einen wahren Beitrag zur Bewältigung und Befriedung haben kann, sofern sie als unparteiische und an den Menschenrechten orientierte Kraft auftritt. Sie kann dadurch die Hoffnung und den Glauben an die Möglichkeit einer anderen Wirklichkeit aufrecht erhalten, was eine Basis ist, um friedlich zusammenzuleben.»

Die internationalen Partner*innen meldeten alle zurück, die Studienwoche hätte eine gute Möglichkeit geboten, mit den Student*innen ins Gespräch zu kommen und dabei ebenfalls einen Perspektivenwechsel vorzunehmen. Da auch die Rückmeldungen der Student*innen zu ihrem Lernerfolg positiv waren (siehe Kästen), wollen die Verantwortlichen im Bachelor-Studiengang das Thema in der Ausbildung allenfalls vertiefen. Eine vielversprechende Möglichkeit wäre es, das Modul «Soziale Arbeit in Konflikten» gemeinsam mit einer Partnerhochschule im Ausland weiterzuentwickeln und anzubieten. Erste Erfahrungen mit einem dafür geeigneten, neuen didaktischen Format (dem sogenannten Collaborative-online-and-international-Learning Format, kurz COIL-Format) sollen ab 2022 gesammelt werden. ■

Prof. Jan Zychlinski, Dozent
jan.zychlinski@bfh.ch
… arbeitet am Bachelor-Studiengang für Soziale Arbeit und hat die Schwerpunkte internationale Dimension Sozialer Arbeit und Sozialraumentwicklung.

Beispiel Armenien: Wie Konflikte den Alltag von Sozialarbeitenden verändern

Nachwuchsforscherin mit internationalem Background: Mariam Mazmanyan im Gespräch

Interview: Beatrice Schild
Das Interview fand Ende Mai 2021 statt.

Persönliche Beharrlichkeit und Engagement von Dritten öffneten Mariam Mazmanyan den Weg nach Bern. Die Armenierin absolviert an der BFH seit Dezember einen Forschungsaustausch. Sie hat einen Master in Sozialpolitik der Yerevan State University und fünf Jahre Berufserfahrung als Sozialarbeiterin. Krieg und Pandemie hätten den Austausch fast verunmöglicht.

Wie kam es dazu, dass Sie für einen Forschungsaufenthalt zur BFH stiessen?

Mariam Mazmanyan: Während meiner praktischen Arbeit mit Kindern und ihren Familien beim Fund for Armenian Relief Children's Center traf ich verschiedene systemische Barrieren an. Ich vermisste faktengestützte Lösungsansätze, um diese Herausforderungen anzugehen. Mein Forschungsaufenthalt in der Schweiz zielt darauf ab, einige dieser Barrieren zu beseitigen, namentlich jene, die das Recht auf Bildung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen gefährden.

Als ich von der Möglichkeit eines Forschungsaustausches in die Schweiz erfuhr, kam mir als erstes die BFH in den Sinn. Die Yerevan State University und die armenische Association of Social Workers arbeiten seit Jahren im Rahmen beruflicher Austauschprogramme mit ihr zusammen. Dennoch war es nicht einfach. Wie ich hier hinkam, ist eine lange Geschichte. Kurz gesagt, verdanke ich es vielen aussergewöhnlichen Menschen. Ich bin ihnen allen sehr dankbar. Man kann sagen, ich bin unter einem glücklichen Stern geboren, dass ich Professorin Emanuela Chiapparini und viele weitere an meiner Seite hatte.

Sie erwähnen die Situation in Armenien. Im Herbst 2020 – kurz vor Ihrer Abreise nach Bern – eskalierte der Konflikt mit Aserbaidschan um Bergkarabach und zahlreiche Armenier*innen mussten ihre Dörfer verlassen (siehe Kasten mit Informationen zum Konflikt). Inwiefern veränderte dies Ihre Arbeit als Sozialarbeiterin?

Die Diskussion auf armenischer Seite war, dass das Volk in und um Bergkarabach ein Recht auf Selbstbestimmung habe. Auf der Seite von Aserbaidschan herrschte die Meinung vor, der Staat habe ein Recht auf territoriale Integrität, denn Armenien hatte die Regionen um Bergkarabach seit Jahren unter Kontrolle. Auf der diplomatischen Ebene konnte man sich nicht einigen, so kam es zum Kriegsausbruch.

Alles geschah während Corona, das heisst, viele Menschen arbeiteten zuhause, so auch ich. Als der Krieg ausbrach, verliessen wir die Homeoffices und arbeiteten im Feld: Mehr als hunderttausend Menschen flüchteten wegen des Krieges in das Gebiet von Armenien, das ihnen Zuflucht gab, sie unterbrachte und versorgte. Alle dachten, die Geflüchteten könnten nach vier Tagen wieder zurückkehren. Niemand rechnete damit, dass es mehr als einen Monat dauern würde.

Was taten die Sozialarbeiter*innen in dieser Situation?

Der Staat startete viele Programme für die Geflüchteten, leistete Finanzhilfen und auch viele Nichtregierungsorganisationen mobilisierten Unterstützung und Ressourcen. Viele reagierten und richteten ihre Projekte sofort auf die Geflüchteten aus – auch meine Organisation. Die Sozialarbeiter*innen besuchten die Geflüchteten in den Schlafsälen und Unterkünften und starteten damit, ihre Bedürfnisse abzuklären. Das erste Bedürfnis, das natürlich alle hatten, war das emotionale Trauma zu überwinden – jede und jeder hatte in den umkämpften Gebieten geliebte Menschen zurückgelassen.

Wo arbeiteten Sie während des Krieges?

Unsere Zielgruppe sind Kinder und ihre Familien. Ich

Informationen zum Konflikt

Bergkarabach ist eine hauptsächlich von Armenier*innen bewohnte Enklave innerhalb des Nachbarstaates Aserbeidschan. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion kam es Anfang der 1990er Jahre zu bewaffneten Konflikten zwischen den beiden Volksgruppen, der letztlich in einem brutalen Krieg endete. Nach dem Sieg Armeniens kam es in den Folgejahren wegen des ausstehenden Friedensschlusses immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Im Herbst 2020 eskalierte die Situation zu einem vierzigtägigen Krieg, bei dem Armenien die eroberten Gebiete sowie einen Teil des Kernlandes von Karabach verlor.

«Das Schwierigste war, die Emotionen und die eigene Sicht der Krise zuhause zu lassen.»

organisierte vor allem medizinische und psychologische Hilfe für sie und klärte, ob sie offizielle Papiere dabeihatten. War dies nicht der Fall, klärte ich ab, was wir für sie tun konnten. Ich war für eine Region in Armenien zuständig und wir unterstützten Sozialarbeitende in dieser Region. Das Schwierigste war, die Emotionen und die eigene Sicht der Krise zuhause zu lassen. Wir mussten als Professionelle im Feld agieren, ohne Supervision und ohne Zeit sich auszuruhen. Es gab so viel zu tun. Wir arbeiteten Tag und Nacht.

Wie kann eine Person, die vertrieben wurde, vom Wissen der Sozialarbeitenden profitieren?
Die Aufgabe der Sozialarbeitenden war vor allem, die Grundbedürfnisse der Betroffenen anzugehen. Wenn eine Person nicht in Sicherheit ist oder die Güter des täglichen Bedarfs fehlen, kann sie nicht selbst für sich sorgen. Sie ist handlungsunfähig. Ich sorgte also dafür, dass mit ihrer Unterkunft alles in Ordnung ist. Erst dann konnte ich in die Beratung gehen und den Geflüchteten aufzeigen, welche Lösungen es gibt, um ihre Lage zu ändern. Ich zeigte ihnen immer mehrere Wege auf. Das Ziel war, sie erkennen zu lassen, dass es Lösungen gibt. Ich wollte sie ermächtigen, eine Ebene zu erlangen, die es ihnen erlaubt, in die Zukunft zu schauen.

Eine andere Aufgabe von mir war, mit den Sozialarbeitenden der Region zu arbeiten und sie zu einem geschickten Umgang mit der Situation zu befähigen. Ich zeigte ihnen auf, welche staatlichen Programme lanciert wurden, dass auch viele NGOs Ressourcen bereitstellen und wie sie die Betroffenen darüber informieren können. Mein Vorteil war, dass ich für eine Organisation arbeite, die sowohl auf der Politikebene wie im Grassroot-Bereich aktiv ist. So war ich gut informiert über alle Programme.

Im Dezember kamen sie nach Bern. Sie waren erst wenige Wochen hier als Sie an der Studienwoche «Social Work in Conflicts» teilnahmen. Was war Ihr Beitrag?
Ich hatte gehört, die Studierenden seien eher zurückhaltend wegen des Distance Learnings. Deshalb war ich erstaunt, wie viele teilnahmen und wie aktiv und unterstützend sie waren (lacht). Es war eine wunderbare Gelegenheit für mich. Für die Studierenden war es im Gegenzug interessant, ganz frische Erfahrungen von einer jungen Professionellen mitzukriegen. Die beiden Dozenten, Jan Zychlinski und Rory Truell, hatten sie über die Theorie unterrichtet; mein Auftrag war der Blick in die Praxis. Ich legte ihnen die Situation im Konflikt dar und zeigte, welche Aufgaben Sozialarbeitende da übernommen haben. Ich konnte ihnen aufzeigen, wie rasch sich ein System einer Krisensituation anpasst und dass dies von Sozialarbeitenden Flexibilität, rasches Handeln und vor allem Resilienz gegenüber Druck und Risiken verlangt. ■

Mariam Mazmanyan bleibt bis Ende Dezember 2021 in Bern. Sie erforscht, wie Schulsozialarbeitende im Kanton Bern dazu beitragen, dass Kinder mit besonderen Bedürfnissen in unseren Schulen integriert werden. Sie ist zufrieden mit dem Vorankommen ihrer Forschung und wird im Juni 2021 bernische Sozialarbeitende bei ihrer Arbeit begleiten können. Wollen Sie mehr erfahren über ihre Beweggründe dieses Thema zu erforschen und möglicherweise schon etwas über die Ergebnisse erfahren? Informationen dazu finden Sie ab September auf bfh.ch/mazmanyan.

Beatrice Schild, Kommunikation
beatrice.schild@bfh.ch
... ist Redaktionsleiterin «impuls» und stellvertretende Leiterin Kommunikation am Departement. Ihre Schwerpunkte sind Kommunikationsberatung und Öffentlichkeitsarbeit.

Neue Mitarbeitende

Tania Piccirilli
Was ich mag: Das Meer, guten Kaffee und Schokolade!
Was ich nicht mag: Humorlosigkeit, Ignoranz, Spinnen

Tania Piccirilli arbeitet ab Juli als Mitarbeiterin Administration in der Abteilung Bachelor. Beim vorherigen Arbeitgeber, der Beratergruppe für Verbandsmanagement (BVM), arbeitete Sie rund zehn Jahre lang als «Leiterin Empfang». Gleichzeitig unterstützte sie Berater*innen in verschiedenen Projekten für Non-Profit-Organisationen.

Gabrielle Marti
Was ich mag: Bergwanderungen, Tanzen und Reisen, Konzert-, Theater- und Ausstellungsbesuche, lustige Jassabende
Was ich nicht mag: Ergebnislose Diskussionen, verspätete Züge, IT-Probleme

Gabrielle Marti ist ab August als Studiengangleiterin im Bereich Case Management tätig. Sie ist Supervisorin in verschiedenen sozialen Institutionen sowie Psychotherapeutin in eigener Praxis. Als ausgebildete Sozialarbeiterin FH, Psychologin M.Sc. und eidg. anerkannte Psychotherapeutin hatte sie an der ZHAW das Modul Kinder- und Jugendhilfe geleitet und hat bis heute Lehraufträge. Sie beteiligte sich als Leiterin der psychologischen Fachstelle für Jugendliche und junge Erwachsene am Aufbau eines Case-Management-Verfahrens in der Stadt Zürich. Frühere berufliche Stationen sind Suchtpräventions-Fachfrau an einer Suchtpräventionsstelle und die Abteilungsleitung im sozialen Bereich in der Stadt Winterthur.

Die BFH – bald Ihre Arbeitgeberin? Interessante Jobs finden Sie unter bfh.ch/karriere

Informiert bleiben!

Verkürzen Sie sich die Zeit zwischen den «impuls»-Ausgaben:

Lesen Sie über Forschungen, spannende Veranstaltungen und Neuigkeiten aus Ihren Berufsfeldern. Abonnieren Sie den Newsletter des Departements unter bfh.ch/soziale-arbeit/newsletter, der zehnmal jährlich erscheint.

Im BFH-Blog knoten-maschen.ch finden Sie noch mehr interessante Forschungsthemen der Sozialen Sicherheit. Mit einem Abo werden Sie regelmässig über neue Beiträge im Blog informiert.

Folgen Sie uns auch auf LinkedIn linkedin.com/showcase/bfh-sozialearbeit, um aktuelle Informationen zu den Aktivitäten am Departement zu erhalten.

Alumni

Werden Sie Mitglied im Verein Alumni BFH Soziale Arbeit und wir laden Sie zu interessanten Veranstaltungen ein.

alumni-sozialearbeit.bfh.ch

Alumni BFH
Soziale Arbeit

Bibliothek Soziale Arbeit

Die Bibliothek am Departement Soziale Arbeit ist eine wissenschaftliche Spezialbibliothek. Das Angebot umfasst Bücher, DVDs, Zeitschriften, Datenbanken, E-Journals und E-Books. Die Bibliothek ist öffentlich.

Öffnungszeiten: Montag bis Freitag, 8 bis 17.30 Uhr
Hallerstrasse 8, 3012 Bern

bfh.ch/soziale-arbeit/bibliothek

Edition Soziothek

Die Edition Soziothek publiziert sozialwissenschaftliche Studien, Forschungsarbeiten sowie Bachelor- und Master-Thesen, die als «sehr gut» oder «hervorragend» beurteilt wurden. Sämtliche Publikationen stehen zum kostenlosen Download zur Verfügung.

soziothek.ch

Edition Soziothek

Wechselspiel von Erwerbslosigkeit und Armut

Lukas Hobi, Master of Science in Volkswirtschaftslehre

Schon lange interessiere ich mich dafür, wo Wohlfahrtsunterschiede herrühren. Dies bewegte mich zur Wahl des Volkswirtschaftsstudiums. Bereits während der Bachelor- und Masterarbeit setzte ich mich mit den Themen Armutsmessung und Erwerbslosigkeitsdauer auseinander.

Die Themen interessieren mich, da Personen, welche nicht ins Erwerbsleben integriert sind, mehrere Einbussen erfahren. Einerseits steigt das Risiko zu verarmen und sich zu verschulden, da allfällige Vermögensreserven zur Deckung des Bedarfs aufgebraucht werden müssen. Dies schränkt die betroffenen Personen in ihrem Handlungsspielraum ein. Andererseits werden sie von wichtigen sozialen Netzwerken ausgeschlossen oder gar mit einem Stigma behaftet.

Als ich nach meinem Masterabschluss eine Doktorandenstelle an der BFH ausgeschrieben sah, welche genau in diesen zwei Themengebieten angesiedelt war, bewarb ich mich sofort darauf. Ich arbeite an zwei Forschungsprojekten mit, die in meine Dissertation einfliessen.

Im einen Projekt geht es um die Frage, ob innovative Finanzierungsmechanismen die Effektivität von Arbeitsmarktprogrammen, wie sie die Soziale Arbeit kennt, steigern können. Die Frage ist relevant, da wichtige Akteure, wie beispielsweise die EU oder auch das SECO (vgl. European Commission, 2020; SECO, 2018), auf diese Finanzierungsmechanismen setzen. Gleichzeitig ist die Wirksamkeit der Finanzierungsmechanismen, im Unterschied zur Wirksamkeit der Programme, nur wenig erforscht und deshalb kritisch zu überprüfen.

Im zweiten Projekt gehen wir Armutsrisiken in der Schweiz auf den Grund. Wir verfügen über Steuerdaten sowie weitere sozioökonomische Eigenschaften der Armutsbetroffenen und können sowohl ihr Einkommen als auch ihre Vermögensreserven (vgl. Brandolini et al., 2010) betrachten. Das war bisher für die Schweiz nicht möglich, weil insbesondere Informationen zur Vermögenssituation für die Forschung nur schwierig zugänglich waren. Werden Einkommen und Vermögensreserven berücksichtigt, ändert sich beispielsweise das Altersprofil der Armutsbetroffenen stark. Pensionäre gelten in Bezug auf ihre Einkünfte als überdurchschnittlich armutsbetroffen, sie können neben den Renten allerdings vielfach auch vom angesparten Vorsorgevermögen leben. Werden sowohl Einkünfte als auch Vermögensreserven berücksichtigt, sind Kinder und Familien stärker betroffen.

Zuerst machen wir eine Momentaufnahme. Das heisst, wir betrachten die Situation der Armutsbetroffenen in einem bestimmten Jahr. In einem weiteren Schritt werden wir untersuchen, wie sich die Armutsbevölkerung über mehrere Jahre entwickelt. Dabei wird sich zeigen, wer arm wird, wer es bleibt oder wer wieder aus der Armut austritt und weshalb.

Spannend an meiner Tätigkeit an der BFH finde ich, dass sich bekannte Forschungsresultate einerseits bestätigen, Resultate aber auch überraschen können. Untersucht man Phänomene genauer, gewinnt man ein neues Verständnis für sie. Diese Erkenntnisse können der Politik und der Sozialen Arbeit dienen, um Betroffenen besser zu helfen. ■

eingetaucht – aufgetaucht

Wer forscht zu welchem Thema am Departement? Ob Dissertation, Nationalfonds oder Master-Thesis: Jenseits von Fachbegriffen schreiben in dieser Reihe Lehrpersonen und Nachwuchs, was am eigenen Projekt bewegt, ins Stolpern oder einen Schritt weiterbringt.

Lukas Hobi arbeitet seit 2019 an der BFH. Davor studierte er Volkswirtschaftslehre in Mailand und Genf. Er arbeitet in Projekten zu den Themen Erwerb und Armut und doktoriert seit 2019 an der Universität Bern in Volkswirtschaftslehre.

Literatur:
- Brandolini, Andrea, Magri, Silvia & Smeeding, Timothy M. (2010). «Asset-Based Measurement of Poverty». *Journal of Policy Analysis and Management 29* (2): 267–84. Abgerufen von doi.org/10.1002/pam.20491.
- European Commission. (2020). *European Commission to issue EU SURE bonds of up to €100 billion as social bonds*. Abgerufen von ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_20_1808
- Staatssekretariat für Wirtschaft SECO. (2018). *Neue Finanzierungsmechanismen in der internationalen Zusammenarbeit*. Abgerufen von seco-cooperation.admin.ch/secocoop/de/home/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-69477.html

«Wer nicht Teil am Erwerbsleben hat, erfährt mehrere Einbussen.»

Was ist soziale Nachhaltigkeit?
Eine Annäherung

René Rüegg

Annina Tischhauser

Prof. Dr. Tobias Fritschi

Prof. Jan Zychlinski

Ilona Korell

Vor sechs Jahren definierte die UNO Ziele für eine nachhaltige Entwicklung. Seither stehen wirtschaftliche und ökologische Aspekte im Vordergrund. Was hingegen soziale Nachhaltigkeit ist, bleibt bis heute eher unklar. Eine Gruppe von Dozenten und Nachwuchsforscher*innen des Departements ging dieser Frage nach und zeigt Beispiele aus Lehre und Forschung.

Soziale, ökologische, kulturelle und ökonomische Probleme stellen die Menschheit vor grosse Herausforderungen. Es müssen Wege gefunden werden, diese Probleme so zu lösen, dass für nachfolgende Generationen kein Schaden entsteht. Bildungs- und Forschungsinstitutionen tragen dabei eine besondere Verantwortung. Deshalb hat sich auch die BFH in ihrer Strategie der Nachhaltigkeit verschrieben und beabsichtigt, dieses Engagement demnächst zu konkretisieren.

Die soziale Dimension von Nachhaltigkeit ist in der Literatur oft unterbelichtet geblieben: So erwähnt etwa das 900 Seiten starke «Handbook of Sustainability Science and Research» von 2018 den Begriff «social sustainability» nur gerade sechsmal. Umso wichtiger ist es, sich dem Konzept der sozialen Nachhaltigkeit zuzuwenden und sich Fragen zu seiner Ausgestaltung und Weiterentwicklung zu stellen.

Verwirklichungschancen und Gerechtigkeit

Die allgemeine Definition beschreibt Nachhaltigkeit als Handlungsprinzip, bei dem man abwägt, ob die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt werden können, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen, zu gefährden (WCED, 1987). Dabei wird betont, dass sowohl Technologien als auch die Art der gesellschaftlichen Organisation für die heutige und zukünftige Bedürfnisbefriedigung bewertet werden müssen. Während bei Technologien insbesondere nicht beabsichtigte Nebenfolgen im Fokus stehen, geht es bei der gesellschaftlichen Organisation vor allem um Verwirklichungschancen sowie um die intra- und intergenerationale Gerechtigkeit (Sen, 1999; Böhnisch, 2019).

Ein Zielhorizont für Gerechtigkeit können menschliche Bedürfnisse sein, wie sie beispielswiese nach Maslow (1943) oder Max-Neef et al. (1991) beschrieben wurden. Eine sozial nachhaltige, gesellschaftliche Organisation wäre dann gegeben, wenn gleiche Chancen bestehen, um diese Bedürfnisse zu verwirklichen. Die Verwirklichungschancen ergeben sich aus dem Zusammenspiel zwischen individuellen Ressourcen einerseits und gesellschaftlichen und natürlichen Rahmenbedingungen andererseits (Sen, 1999). Bedürfnisbefriedigung und Gerechtigkeit widerspiegeln sich in den Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, den sogenannten Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen. Die bedeutendsten sozialen Entwicklungsziele sind, Armut und Hunger zu beenden (Ziel 1+2), ein gesundes Leben für alle (Ziel 3), inklusive und hochwertige Bildung (Ziel 4), Geschlechtergerechtigkeit (Ziel 5), Ungleichheit innerhalb und zwischen Staaten zu verringern (Ziel 10), sichere und widerstandsfähige Städte und Siedlungen (Ziel 11) sowie friedliche und inklusive Gesellschaften (Ziel 16).

Die SDGs mit ihren 167 Unterzielen bleiben trotz breiter Rezeption nicht ohne Kritik. Vielfach genannt werden die Widersprüche zwischen den ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Zielen. In der Praxis führt wirtschaftliches Wachstum beispielsweise zu besserer Bildung und Gesundheit, mindert dafür die Wahrscheinlichkeit, ökologische Ziele zu erreichen. Mit anderen Worten verfolgen die SDGs zwar weitgehend konsensfä-

Einfache Forderung, knifflige Umsetzung: Dies gilt auch für die Nachhaltigkeit.

hige Ziele, enttäuschen aber in konkreten Ansätzen für deren Umsetzung. So verweisen etwa feministische Analysen mit Nachdruck auf die ökonomischen und sozialen Strukturen, auf die Wachstumsorientierung und vorherrschenden Machtverhältnisse, die eine konsequente Umsetzung von SDGs erschweren (Millard et al., 2017; Briant Carant, 2017; Swain, 2018). Die Frage, wie die Ziele umzusetzen sind, ist also umstritten, was sich mit der Corona-Pandemie noch akzentuiert. Sie hat das Ziel, die SDGs in absehbarer Zeit zu erreichen, für viele Länder in weite Ferne gerückt.

Adaptive soziale Systeme?

Die Schwierigkeiten in der Umsetzung und die schiere Menge von Nachhaltigkeitszielen führen zurück zur Frage der gesellschaftlichen Organisation von Nachhaltigkeit. Die Frage der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige und gerechte Bedürfnisbefriedigung muss durch klare Definitionen und anwendbare Konzepte untermauert werden, insbesondere um den Missbrauch der Begriffe zu verhindern. Gerade soziale Nachhaltigkeit wird gerne zu Marketingzwecken eingesetzt, um mit einer Art «Redwashing» firmeneigene Interessen durchzusetzen oder andere nichtnachhaltige Aktivitäten zu vertuschen.

Eine mögliche Arbeitsdefinition für soziale Nachhaltigkeit findet sich bei McGuinn et al. (2020, S. 22): Sie definieren soziale Nachhaltigkeit als die Fähigkeit sozialer Systeme oder Gesellschaften, Menschen soziale Integration zu ermöglichen. Diese Definition ist anschlussfähig an eine konsequent gedachte Systemperspektive, die soziale Systeme als notwendige Bedingung erkennt, um menschliche Bedürfnisse zu befriedigen (Missimer et al. 2017). Aus dieser Perspektive kann abgeleitet werden, dass soziale Systeme primär vor Zerfall oder Abbau geschützt werden müssen: Auch wenn sie nicht jederzeit alle Bedürfnisse vollumfänglich befriedigen können, sind diese Bedingung dafür, dass auch zukünftig menschliche Bedürfnisse befriedigt werden können. Entsprechend sind soziale Systeme wie beispielsweise Familien, Gemeinschaften, Nationen, Institutionen oder Firmen dann sozial nachhaltig, wenn sie ihre integrative Funktion trotz Komplexität, Dynamik und Unsicherheiten aufrechterhalten können. Missimer et al. (2017) nennen diese Eigenschaft *adaptive Kapazität*.

Gerade in Krisenzeiten spielt die adaptive Kapazität sozialer Systeme eine entscheidende Rolle, wobei die fünf Aspekte *Diversität, Lernfähigkeit, Selbstorganisation, Vertrauen* und *gemeinsamer Sinn* die adaptive Kapazität begünstigen respektive die Chancen auf eine krisenfeste Funktionalität erhöhen können. Diversität erhöht die Chancen für eine vielfältige Herangehensweise an noch unbekannte Herausforderungen. Eine selbstorganisierte Form ohne zentralisierte Kontrolle macht ein System flexibler und lernfähiger und sorgt für rasche und effektive Reaktionen auf Veränderungen. Schliesslich führen Vertrauen und ein gemeinsam geteilter Sinn dazu, dass das System trotz interner Komplexität und äusseren Herausforderungen zusammenhält (Missimer et al., 2017).

Aus Systemperspektive kann soziale Nachhaltigkeit als die Fähigkeit einer Gesellschaft verstanden werden, ▸

Und die nächste Generation? Wenn junge Menschen und Sympathisant*innen ihre vergessen gegangenen Rechte einfordern.

ihre Mitglieder langfristig am sozialen System teilhaben zu lassen, ohne dass strukturelle Hürden sie daran hindern, ihre Bedürfnisse wie beispielsweise Gesundheit, Einfluss, Kompetenz und Sinnstiftung zu realisieren.

Die Rolle der Sozialen Arbeit

Soziale Arbeit ist im Kern auf Nachhaltigkeit ausgerichtet: Die aktuelle von der International Federation of Social Workers (IFSW) formulierte Definition Sozialer Arbeit beginnt mit den Worten, dass sozialer Wandel und Entwicklung gefördert werden sollen. Wenn Entwicklung als geplanter sozialer Wandel hin zu erhöhtem Wohlbefinden der gesamten Gesellschaft verstanden wird (Midgley, 2014, S. 13), dann ist die Soziale Arbeit eine wichtige Akteurin nachhaltiger Veränderungen. Dies widerspiegelt sich auch in der sozialarbeiterischen Literatur zur Nachhaltigkeit. Soziokulturelle Ressourcen wie Solidarität, Partizipation, Gemeinwohl- und Netzwerkorientierung zu entwickeln und zu bewahren, gehört genuin zur sozialen Dimension von Nachhaltigkeit. Weiter ist die Gerechtigkeit in Bezug auf Gender, Ethnien und Generationen ein zentraler Bestandteil sozialarbeiterischer Nachhaltigkeit (Böhnisch, 2019). Besonders wichtig beim Zusammenhang von Nachhaltigkeit und Sozialer Arbeit ist, dass letztere immer die Gemeinschaft respektive die Allmenden im Fokus hat. In diesem Zusammenhang taucht die «sozialökologische Vision» auf, die auf die soziale und natürliche Umgebung ohne «marktkapitalistischen Wachstumsstress» ausgerichtet ist (ebd.).

Damit wird deutlich, dass die Soziale Arbeit auch einen direkten Beitrag zur ökologischen Nachhaltigkeit leistet. Zwar bemängeln kritische Stimmen, dass sich die Soziale Arbeit zu wenig hartnäckig für Umweltschutz und Klimagerechtigkeit einsetze (Maylea, 2021;). Andererseits zeigen die obigen Ausführungen, dass sich ökologische Nachhaltigkeit nicht ohne soziale Nachhaltigkeit realisieren lässt. Ohne Partizipation, gemeinsam geteilte Werte, Vertrauen und Flexibilität können keine belastbaren sozialen Systeme für die grossen ökologischen Herausforderungen geschaffen werden. Aus diesem Grund wäre Soziale Arbeit *per se* als eine Akteurin der Nachhaltigkeit zu betrachten – nicht zuletzt, weil Sozialarbeitende die Integration in soziale Systeme wie Familien, das Gemeinwesen, Institutionen der sozialen Sicherheit, Bildung oder der Erwerbsarbeit unterstützen und strukturelle Hindernisse abbauen. Die Soziale Arbeit eignet sich hierfür überdies besonders gut, weil sie als «Transdisziplin» (Sommerfeld et al., 2016) unterschiedliche Zugänge zu unserer sozialen, natürlichen und physischen Umwelt in den Blick nimmt und sich als integrativer Bestandteil in diesem komplexen Kontext positioniert hat.

Soziale Nachhaltigkeit im Departement

Wie beschrieben, gehört die soziale Nachhaltigkeit zur DNA der Sozialen Arbeit. Auch im Departement Soziale Arbeit stehen viele Inhalte der Lehre und viele Forschungsthemen in enger Verbindung mit Nachhaltigkeitszielen.

In der Lehre hat die die Verzahnung mit sozialer Nachhaltigkeit in all jenen Modulen Gewicht, welche die Soziale Arbeit im breiten gesellschaftlichen Diskurs verorten. Beispielsweise wird in den Modulen «Social Work in International Context», «Sozialräumliche Methoden der Quartierarbeit» und «Social Work in Conflict» implizit und explizit auf die sozialen Dimensionen von Nachhaltigkeit Bezug genommen. Auch Diversität ist in der Lehre ein Thema. Im Fokus von Lehrinhalten zum Diversity-Konzept steht beispielsweise die kritische Auseinandersetzung mit historischen und konzeptuellen Grundlagen (Antidiskriminierung, Anerkennung und Diversität als Ressource), dessen Anschlussfähigkeit zu Perspektiven der Intersektionalität oder der Geschlechtergerechtigkeit sowie dessen Relevanz für die Praxis. Zudem erhalten die Studierenden die Gelegenheit, ihre eigenen Gruppenzugehörigkeiten zu reflektieren, ein Antidiskriminierungstraining kennenzulernen und an der Frage mitzuarbeiten, was Diversitätssensibilität und gleichberechtigte Bildungschancen im Kontext Hochschullehre bedeuten.

Ausgangspunkt ist ein Verständnis von Diversität, das Chancengleichheit und Teilhabe erhöhen und Diskriminierung entgegenwirken soll. Damit nimmt es direkt auf Gerechtigkeitspostulate und Lösungsansätze für eine nachhaltigere Gestaltung von Gesellschaft Bezug, die in den SDG-Zielen ausformuliert sind.

Mehrere Forschungsprojekte am Departement stehen in Zusammenhang mit SDG-Zielen, so etwa das Monitoring der Arbeitsbedingungen in der Schweiz, welches insbesondere die Ziele inklusive Gesellschaft, Langfristigkeit und Mehrdimensionalität vor Augen hat. Seit 2015 betreibt das Departement den «Barometer Gute Arbeit» in Zusammenarbeit mit dem Gewerkschaftsdachverband Travail.Suisse. Dieser gliedert sich in drei Hauptindizes Gesundheit, Sicherheit und Motivation. Die letztjährige Ausgabe war den Veränderungen durch die Corona-Pandemie gewidmet, unter anderem den Themen Homeoffice, Kurzarbeit und Solidarität. Die Ausgaben 2019 und 2020 erfassten auch Modelle für einen zukünftigen Arbeitsmarkt, der sich vermehrt auf ältere Arbeitnehmer*innen ausrichtet (Projekt MOZART). Dafür wurden die psychische Gesundheit und Weiterbildungen als Faktoren für eine nachhaltige Erwerbstätigkeit ermittelt. Die diesjährige Ausgabe wird sich den Themen Erwerbsarbeit im Rentenalter (Projekt ERA), Vereinbarkeit von Familie und Betreuung mit dem Berufsleben sowie den Massnahmen für Lohngleichheit widmen.

Auch sozial nachhaltige Projekte, welche die Weiterentwicklung der Hochschule verfolgen, sind in Arbeit. So eruiert etwa das Projekt «Öffnung von Hochschullehrangeboten nach Aussen» mittels explorativer Methoden Wirkungspotenziale, Stolpersteine und Voraussetzungen einer sich öffnenden Hochschullehre. Unter Öffnung nach Aussen wird eine verstärkte partizipative Kooperation mit Adressat*innen und Fachpersonen der Sozialen Arbeit sowie der Öffentlichkeit verstanden. Im Rahmen des Forschungsprojekts werden Angebote des Departements untersucht, die einerseits den genannten Personengruppen mehr Teilhabe am Hochschulleben ermöglichen und andererseits innovatives und nachhaltiges Lehren und Lernen an der Hochschule fördern sollen. Wiederum stehen Partizipation sowie eine hochwertige und inklusive Bildung als soziale Nachhaltigkeitsziele im Fokus. ■

Literatur

- Böhnisch, L. (2020). *Sozialpädagogik der Nachhaltigkeit*. Weinheim: BeltzJuventa.
- Briant Carant, J. (2017). Unheard voices: a critical discourse analysis of the Millennium Development Goals' evolution into the Sustainable Development Goals. In *Third World Quarterly* 38 (1), pp. 16–41. Abgerufen von: doi: 10.1080/01436597.2016.1166944
- Maslow, A. H. (1943). A theory of human motivation. In *Psychological Review* 50 (4), pp. 370–396. Abgerufen von: doi: 10.1037/h0054346
- Max-Neef, M. A., Elizalde, A. & Hobenhayn, M. (1991). *Human Scale Development. Conception, Application and Further Reflections*. New York: Apex.
- Maylea, C. (2021). The end of social work. In *British Journal of Social Work* 51 (2), pp. 772–789. Abgerufen von: doi: 10.1093/bjsw/bcaa203
- McGuinn, J., Fries-Tersch, E., Jones, M., Crepaldi, C., Masso, M., Kadarik, I., Samek Lodovici, M. et al. (2020). *Social Sustainability. Study for the Committee on Employment and Social Affairs*. Edited by Policy Department for Economic, Scientific and Quality of Life Policies. European Parliament. Luxembourg.
- Midgley, J. (2014). *Social Development: Theory & Practice*. London, Thousand Oaks, New Delhi, Singapore: SAGE.
- Millard, A., Chin, S. & Tueller, J. (2017). *Feminist Critiques of the Sustainable Development Goals. Analysis and Bibliography*. Consortium on Gender, Security and Human Rights. Abgerufen von genderandsecurity.org/sites/default/files/Feminist_Critiques_of_the_SDGs_-_Analysis_and_Bibliography_-_CGSHR.pdf
- Missimer, M., Robèrt, K.-H. & Broman, G. (2017). A strategic approach to social sustainability – Part 1: exploring the social system. In *Journal of Cleaner Production* 140, pp. 32–41. Abgerufen von doi: 10.1016/j.jclepro.2016.03.170
- Sen, Amartya (1999). *Development as freedom*. New York: Anchor Books.
- Sommerfeld, P., Dällenbach, R., Rüegger, C. & Hollenstein, L. (2016). *Klinische Soziale Arbeit und Psychiatrie. Entwicklungslinien einer handlungstheoretischen Wissensbasis*. Wiesbaden: Springer VS
- Swain, R. B. (2018). A Critical Analysis of the Sustainable Development Goals. In Walter L. F. (Ed.): *Handbook of Sustainability Science and Research*. Cham: Springer International Publishing (World Sustainability Series), pp. 341–355.
- WCED. (1987). *Our Common Future*. Abgerufen von undocuments.net/wced-ocf.htm, checked on 4/30/2021
- IFSW. (2021). *Global Definition of Social Work*. Abgerufen von: ifsw.org/what-is-social-work/global-definition-of-social-work/

René Rüegg, Wissenschaftlicher Mitarbeiter
rene.rueegg@bfh.ch

… ist Sozialarbeiter im Doktoratsstudium und forscht und lehrt zu Themen an der Schnittstelle von Gesundheit und Sozialer Arbeit.

Annina Tischhauser, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
annina.tischhauser@bfh.ch

… ist Historikerin und doktoriert in Erziehungswissenschaften. Ihre Fachgebiete sind Diversität, intersektionale Machtverhältnisse, Differenz und soziale Ungleichheit, die sie im Bachelor-Studiengang auch unterrichtet.

Prof. Dr. Tobias Fritschi, Dozent
tobias.fritschi@bfh.ch

… ist Ökonom und leitet unter anderem das erwähnte Forschungsprojekt «Barometer Gute Arbeit». Er ist Dozent für Ökonomie und verantwortet Weiterbildungsangebote im Bereich Arbeitsintegration.

Prof. Jan Zychlinski, Dozent
jan.zychlinski@bfh.ch

… arbeitet am Bachelor-Studiengang für Soziale Arbeit und hat die Schwerpunkte internationale Dimension Sozialer Arbeit und Sozialaumentwicklung.

Ilona Korell, Studentische Mitarbeiterin
ilona.korell@bfh.ch

… studiert im Master Soziale Arbeit und arbeitet im Forschungsprojekt «Öffnung der Hochschulbildung nach Aussen».

Entscheidungsfindungen
am Lebensende: Die Option des assistierten Suizids

Eva Birkenstock

Kathy Haas

Michelle Bütikofer

Die Möglichkeit, das eigene Leben zu beenden, stellt einen vor existenzielle und ethische Grundfragen. Eine Analyse von narrativen Interviews führt zu einem Bild mit vielfältigen Entscheidungsmustern und drei Schwerpunkten, die für eine liberale Regelung sprechen.

Über die Frage, ob und unter welchen Umständen assistierte Suizide ethisch legitim sind, wird immer wieder debattiert. Im Herbst 2020 griff der interaktive Film «Gott» von Ferdinand von Schirach das Thema des Bilanzfreitods auf und erzielte hohe Einschaltquoten. Zur selben Zeit wurde ein Brief des Vatikans veröffentlicht, der für Kirchenmitglieder sogar die blosse Mitgliedschaft in einer Sterbehilfeorganisation untersagt (Kongregation für die Glaubenslehre, 2020). Während für die einen die Hilfe beim legalen Beenden des eigenen Lebens zum Selbstbestimmungsrecht gehört, fürchten die anderen, dass daraus über die Zeit ein sozialer Druck entstehen könnte. Ein vom Schweizerischen Nationalfond SNF gefördertes Projekt untersuchte nun die Entscheidungsfindungs-Prozesse von 41 Personen zwischen 43 und 92 Jahren, die einen assistierten Suizid als Option betrachten.

Einfach macht es sich bei einem solchen Entscheid niemand. Ein gewachsenes Wertesystem, das auf Selbstbestimmung, Selbstverantwortung, Autonomie, Aktivität und ökonomischem Wohlstand beruht, begünstigt die Entscheidung, ein Leben zu beenden, bevor man ein Ausmass an Abhängigkeit annehmen muss, das sich nicht mit der eigenen Auffassung von Lebensqualität vereinbaren lässt. Dieser Wertehorizont wurde von der Mehrheit der Interviewten allerdings positiv und als eigener Standpunkt vertreten und nicht als fremdbestimmt erfahren. Sie sehen ihre Rolle überwiegend als eine gestaltende und nicht als eine erduldende.

Aus der Analyse der Interviews ergaben sich unter anderem drei Themenschwerpunkte: 1.) der Wunsch nach einer neuen Kultur des Umgangs mit dem Tod und der Kommunikation über das Lebensende; 2.) das Bedürfnis, Werte individuell interpretieren und umsetzen zu können; 3.) die Notwendigkeit des Angebots assistierter Suizide als bessere Alternative gegenüber einsamen und verzweifelten Selbsttötungen, die auch das soziale Umfeld stärker belasten.

Eine Kultur des Umgangs mit dem Tod und der Kommunikation darüber

Durch die Covid-19-Pandemie ist das Thema «Sterben und Tod» wieder in den Alltag zurückgekehrt. Seit zwei Jahrhunderten wird in Industrienationen das Lebensende und das Miterleben von Sterben aus der Mitte der Gesellschaft zunehmend in die Spitäler und Pflegeheime verlagert. Dort sterben immer noch die meisten Menschen, obwohl viele von ihnen in früheren Lebensphasen andere Wünsche zu ihrem Sterbeort geäussert hatten (Zimmermann & Steiger, 2017). Diese Verdrängung des Todes aus dem Alltag ist das Ergebnis einer stetigen Verlängerung der Lebens. Diese wissenschaftliche und gesellschaftliche Grossanstrengung lief aber ab der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts zunehmend in Gefahr, die Lebensqualität aus den Augen zu verlieren. Die Palliativmedizin schliesst diese Lücke und Instrumente der Vorsorge wie die Patient*innenverfügung oder Werteerklärung garantieren die Rechte der Personen, ihre individuellen Wünsche einschliesslich potenzieller Behandlungsverzichte darzulegen.

Von der politischen, gesellschaftlichen und organisationalen Ebene bis hin zur Familie und zum Freundeskreis gibt es dennoch weiterer Diskussionsbedarf. Herrn Mundinger (alle Namen der Interviewten sind Pseudonyme) wurde zum Beispiel bewusst, wie wichtig ihm das Gespräch als Form der Auseinandersetzung mit dem Lebensende ist: «Wenn man mit jemandem darüber reden kann, dann tut man es eben, offenbar mache ich es dann doch gern.» Frau Dörfler berichtete, wie der Austausch über das Lebensende in ihrem hochaltrigen Um-

feld bereits üblich geworden ist: «Über das wird einfach unter denen, die so in meinem Alter sind, geredet». Aber auch Frau Viller, die in der Lebensmitte steht, betonte, wie wichtig es ihr ist, dass ihre Kinder über ihre Wünsche Bescheid wissen: «Ich spreche mit meinen Kindern immer wieder darüber, wie ich es gerne haben würde, und auch, wie ich beerdigt werden möchte. Je öfter sie es hören, je mehr bleibt es ihnen im Kopf. Sonst denken sie: ‹ja das Mami schwatzt wieder.›»

Werte individuell interpretieren und umsetzen können

Werte wie Freiheit, Selbstbestimmung, Würde oder Lebensqualität sind Gegenstand objektiver Kriterien und Definitionen, aber auch individueller Interpretation. Freiheit wünschen sich 48 Prozent der Interviewten vor allem von Autoritäten aus der professionellen Ethik. Frau Dörfler meinte: «Das Wichtigste ist mir, dass keine religiöse, keine philosophische, keine politische Institution Macht ausüben kann über meine persönlichen Entscheidungen.» Ethik solle nicht nach dem Top-down-Prinzip so funktionieren, dass etablierte Autoritäten den Rahmen der Selbstbestimmung im Namen der Allgemeinheit enger abstecken als das Recht es tut. Selbstbestimmung wurde je nach Lebensrealität unterschiedlich bestimmt. «Autonomie ist für mich zentral, egal, ob physisch oder psychosozial», meinte Herr Laurent. Für Frau Losano, die auf umfassende, ambulante Pflege angewiesen ist, war hingegen entscheidend, Dienstpläne vorab zu bekommen – sie betonte lachend: «Ich bin der Chef.»

Was die Würde betrifft, war die Hilfe bei der Körperpflege für viele Interviewte ein Kriterium. Frau Pascal fasste es so zusammen: «Das ist nicht unserer unwürdig, dass man sich den Po abwischen lassen muss oder baden lassen muss. Das ist diese objektive Würde, aber dann gibt es ein subjektives Würdeempfinden, und das ist von Mensch zu Mensch verschieden.» Sie selbst will sich gegen die Annahme dauerhafter Hilfe entscheiden. Auch was die Lebensqualität betrifft, ist das Spektrum vielfältig. Für 28 Interviewte würde eine Demenzerkrankung einen Grund für einen assistierten Suizid darstellen. «Das ist ein langsames Weggehen, bei dem man im Grunde genommen gar nicht mehr ich ist», fasste Frau Gabe die Erfahrung mit der Begleitung ihres Mannes zusammen. Herr Reiser hingegen mass dem Glück einen höheren Stellenwert als dem Bewusstsein von sich selbst bei und meinte: «Vielleicht ist man noch glücklich, lebt in seiner Welt und es geht einem noch gut.»

Eine bessere Alternative gegenüber der gewaltsamen Selbsttötung

In zahlreichen Interviews wurde von miterlebten Suiziden im eigenen Umfeld berichtet. Sich selbst zu töten, ist nicht verboten. Aber Natrium-Pentobarbital, das ein schmerzfreies Sterben ermöglicht, ist nur über ärztliche Fachpersonen zugänglich. Deshalb ist für viele Interviewte eine Liberalisierung des Zugangs wichtig. Herr Reuter berichtete, dass seine Partnerin mit der Diagnose einer rasch verlaufenden tödlichen Erkrankung unmittelbar ins Palliative-Care-Spital überwiesen werden sollte. Das wollte sie nicht und bat um Unterstützung für ein Schnellverfahren für einen assistierten Suizid. «Es hiess von mehreren Sterbehilfeorganisationen, die Bürokratie werde wohl Monate dauern. So kam zum Urteil, sterben zu müssen noch die höchste Not dazu, es via Selfmade-Methode selbst tun zu müssen.»

Das Panorama an Erfahrungen und Reflexionen führt insgesamt zum Schluss, dass eine pluralistische Gesellschaft diese Spannung aushalten muss: Der Verzicht aufs Weiterleben unter bestimmten Bedingungen auf der einen Seite und die Hinnahme des Schicksals auf der anderen Seite. In der differenzierten Feinstruktur der Argumente zeigt sich, dass zu einem *passenden* Leben (Largo, 2017) offensichtlich auch ein *passendes* Sterben gehört. Schon allein der Umstand, dass es möglich ist, über Suizidwünsche zu sprechen und Sterbehilfe in irgendeiner Form zu bekommen, ist das stärkste Argument für eine liberalere Auslegung. Denn wenn der Entschluss irreversibel ist, wird er ohnehin umgesetzt. ■

Den Abschlussbericht sowie eine interaktive Infografik zu Aussagen und Überlegungen der interviewten Personen finden sie auf dem BFH-Blog «knoten und maschen» unter: knoten-maschen.ch/wann-genug-ist-entscheide-ich

Quellen:
- Kongregation für die Glaubenslehre. (2020). *Samaritanus bonus. Schreiben über die Sorge an Personen in kritischen Phasen und in der Endphase des Lebens*.
- Largo, R. (2017). *Das passende Leben. Was unsere Individualität ausmacht und wie wir sie leben können*. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Zimmermann, M. & Steiger, J. (2017). *Synthesebericht NFP 67 Lebensende*.

Dr. Eva Birkenstock, Projektleiterin
eva.birkenstock@bfh.ch
… beschäftigt sich als freie Dozentin mit dem Thema «Endlichkeit und Altern» und ist dem Institut Alter seit über zehn Jahren verbunden.

Kathy Haas, Wissenschaftliche Assistentin
kathy.haas@bfh.ch
… ist im Bereich Sorge im fragilen Alter in Forschung und Weiterbildung tätig und studiert derzeit im Masterstudiengang Soziale Arbeit.

Michelle Bütikofer, Studentische Mitarbeiterin
michelle.buetikofer@bfh.ch
… macht neben ihrer Tätigkeit am Institut Alter an der BFH den Master in Sozialer Arbeit.

Forschung

Generationenwohnen am Beispiel des Holliger-Areals

Dass unterschiedliche Generationen zusammenwohnen, ist historisch gesehen kaum innovativ. Doch während sich das Zusammenleben früher innerhalb von Familien abspielte, interessieren sich heute immer mehr Menschen für eine Generationen überschreitende Gemeinschaft ausserhalb der Familie. In der Stadt und auch auf dem Land wird der Ruf nach Siedlungsprojekten mit Generationenwohnen lauter. Doch wer hat es in der Hand, dass das Generationenwohnen überhaupt zum Tragen kommt? Und was braucht es dazu? Diesen Fragen ging das Institut Alter in Zusammenarbeit mit Wohnbaugenossenschaften Schweiz, dem Förderverein Generationenwohnen Bern-Solothurn und der Vereinigung Berner Gemeinwesenarbeit nach. Die von der Age-Stiftung finanzierte Studie verfolgte die Planung der Siedlung Holliger, um aufgrund der Erfahrungen Empfehlungen für zukünftige Generationenwohnprojekte abzuleiten. Der Bericht kann unter bfh.ch/generationenwohnen bestellt oder heruntergeladen werden.

Kontakt:
Prof. Dr. Michèle Métrailler
michele.metrailler@bfh.ch

Forschung

Finanzierung der Wohnformen von Menschen mit Behinderungen

Selbst entscheiden, wie und wo man wohnen möchte: Für viele Menschen mit Behinderungen hat sich die Wahlmöglichkeit lange Zeit darauf beschränkt, einen Platz in einer Institution zu finden. In letzter Zeit hat sich das Wohnangebot individualisiert. Es gibt verschiedene institutionelle und private Wohnformen, wie eine erste Studie der BFH zeigte. Daran anschliessend untersucht die BFH nun die Finanzierung der Wohnangebote und ihren Einfluss auf die Wahlfreiheit Betroffener. Wollen sie nämlich in den eigenen vier Wänden wohnen, finanziert sich dies aus verschiedenen Quellen von Bund, Kantonen und Gemeinden, Invalidenversicherung, Krankenversicherung sowie Spitex, Ergänzungsleistungen, privater Unterstützung und persönlichen Beiträgen. Insbesondere kantonale Finanzierungsmodelle sind im Wandel und unterscheiden sich stark. Sie haben sich zudem nach der Selbstbestimmung der Menschen mit Behinderungen gemäss der UNO-Behindertenrechtskonvention zu richten.

Kontakt:
Prof. Dr. Tobias Fritschi
tobias.fritschi@bfh.ch

Publikation

Betroffene einbeziehen: Ein Praxisleitfaden

Die nationale Plattform gegen Armut (2019–2024) setzt sich für die Beteiligung von armutsbetroffenen und -gefährdeten Personen in der Armutsprävention und -bekämpfung ein. Ein Team der BFH hat zusammen mit armutsbetroffenen Personen und Fachpersonen dafür einen Praxisleitfaden erstellt. Der Praxisleitfaden gibt unter anderem Antwort auf folgende Fragen: Welche Möglichkeiten zur Beteiligung von Betroffenen gibt es? Was sind Herausforderungen bei Beteiligungsprozessen? Was sind konkrete Schritte von Beteiligungsprozessen? Der Praxisleitfaden ist kostenlos auf Deutsch, Französisch und Italienisch erhältlich.

Gedruckte Exemplare können Sie hier bestellen:
bundespublikationen.admin.ch

Ein PDF-Download finden Sie hier: gegenarmut.ch/beteiligung

Kontakt:
Prof. Dr. Rahel Müller de Menezes
rahel.mueller@bfh.ch oder
Prof. Dr. Emanuela Chiapparini
emanuela.chiapparini@bfh.ch

Kommunale und regionale Alterspolitik – Chance und Aufgabe für alle

Prof. Dr. Regula Blaser

Prof. Matthias von Bergen

Der zunehmende Anteil an Einwohner*innen über 65 Jahren an der Bevölkerung stellt neue Anforderungen an die Alterspolitik. Wenn Gemeinden ihre Handlungsspielräume nutzen und Alter als Querschnittthema verstehen, können sie die Lebensqualität sämtlicher Altersgruppen verbessern.

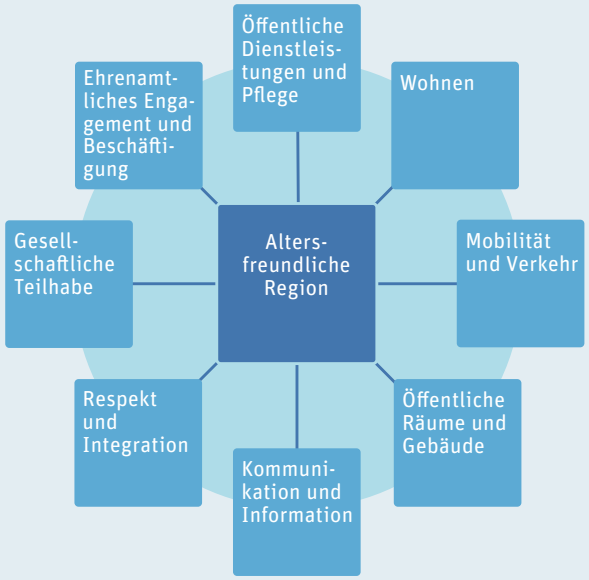
Für eine alters- und generationengerechte Politik gibt es auf regionaler Ebene vielfältige Möglichkeiten.

Die kommunale und regionale Alterspolitik basiert auf kantonalen Vorgaben. Bereits 1995 wurde in Bern mit dem Bericht «Alterspolitik 2005: Planungsgrundlagen für Gemeinden» der Grundstein für die flächendeckende Erarbeitung von kommunalen Altersleitbildern gelegt. Schon damals wurden die Gemeinden ermuntert, für die Entwicklung von Altersplanungen gemeindeübergreifend zu kooperieren. Zwanzig Jahre später bestand in 333 von 352 Gemeinden im Kanton Bern ein Altersleitbild (Frischknecht & Hornung, 2016) und gemäss einer Analyse aller Berner Altersleitbilder aus dem Jahr 2011 (Stocker, Künzi & Egger, 2011) waren diese in 89 Prozent der Fälle Verbundleitbilder von mindestens zwei Gemeinden.

Seit 2012 liegt die Zuständigkeit für die Bereitstellung und Finanzierung der Leistungsangebote für Menschen mit Pflege- und Betreuungsbedarf – wie Spitex oder Wohnheime – ausschliesslich beim Kanton. Gemeinden werden per Gesetz keine Aufgaben übertragen. Sie können jedoch im Rahmen ihrer Autonomie zusätzliche Angebote bereitstellen und finanzieren sowie an regionale Trägerschaften übertragen – beispielsweise an Regionalkonferenzen, Regionalvereine oder regionale Gemeindeverbände. Diese Aufgabenteilung wird auch mit dem neuen Gesetz über die sozialen Leistungsangebote (SLG) fortgeführt, das voraussichtlich per 1.1.2022 in Kraft tritt.

Die aktuelle und prognostizierte Bevölkerungsentwicklung für die Schweiz macht den alterspolitischen Handlungsbedarf deutlich: die Anzahl der Einwohner*innen über 65 wird in den nächsten Jahren weiter ansteigen. Für die Altersgruppe der 65- bis 79-jährigen wird ▸

Aspekte einer altersfreundlichen Gemeinde und Region



ab Mitte der 2030er Jahre ein Plateau erwartet, jedoch wird sich die Zahl der über 80-Jährigen bis ins Jahr 2045 verdoppeln. Die Gemeinden sind somit gut beraten, ihren vorhandenen Handlungsspielraum zu nutzen und eine aktive Alterspolitik zu betreiben.

Alterspolitik über die Gemeinde- und Ressortgrenzen hinaus

In den meisten Fällen macht es Sinn, überkommunal oder auf regionaler Ebene zusammenzuarbeiten und die Grundlagen der Alterspolitik in regelmässigen Abständen zu aktualisieren. Das Institut Alter hatte mehrfach die Gelegenheit, solche Prozesse fachlich zu begleiten. Gerade auf der lokalen und regionalen Ebene gibt es vielfältige Möglichkeiten für eine alters- und generationengerechte Politik. Früher waren Alterskonzepte häufig reine Angebotsplanungen. Heute werden diese als Gelegenheit verstanden, den Fokus zu erweitern und sich alterspolitischen Themen zuzuwenden, die in der Vergangenheit wenig Beachtung gefunden haben, aber für eine altersfreundliche Ausgestaltung einer Gemeinde oder Region ausgesprochen wichtig sind.

Von den Richtlinien der WHO zu altersfreundlichen Städten (WHO, 2007), lassen sich vielfältige Themen ableiten, die für die Alterspolitik relevant sind (siehe Abbildung). In den Gemeinden ist das Thema Alter meistens dem Ressort Soziales zugeteilt. Die Zusammenarbeit mit anderen Ressorts ist eher wenig ausgebaut. Dies führt dazu, dass die Bedarfe und Bedürfnisse der Menschen in der Lebensphase Alter in relevanten Bereichen – wie zum Beispiel Wohnen, öffentliche Räume und Gebäude, Mobilität oder Kultur – nur unzureichend berücksichtigt werden.

Bei der Erneuerung der alterspolitischen Grundlagen wird anhand des Modells in der Abbildung deutlich, dass Alter als Querschnittthema verstanden und in fast allen Ressorts mitberücksichtigt werden sollte. Den Gemeinden und Regionen eröffnet diese Betrachtungsweise neue Handlungsspielräume. Ihre Tätigkeiten im Bereich Alter bleiben nicht auf Soziokultur und Freiwilligenarbeit reduziert – wie dies sonst oft der Fall ist. Gelingt es hingegen, hier eine ressortübergreifende Zusammenarbeit zu etablieren, steigert dies nicht nur die Altersfreundlichkeit einer Gemeinde oder Region, sondern bietet für alle Altersgruppen einen Mehrwert. ■

Literatur:
- Frischknecht, K. & Hornung, A. (2016). *Alterspolitik im Kanton Bern 2016. Bericht des Regierungsrates an den Grossen Rat*. Bern: Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern.
- Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern. (1995). *Alterspolitik 2005. Planungsgrundlagen für Gemeinden*. Bern: Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern.
- Stocker, D., Künzi, K. & Egger, T. (2011). *Umsetzung der Altersleitbilder in den bernischen Gemeinden. Bestandesanalyse*. Bern: Büro für Arbeits- und Sozialpolitische Studien BASS.
- World Health Organization WHO. (2007). *Global Age-friendly Cities: A Guide*. Genf: WHO Press.

BFH-Modell Alterspolitik

Bei der Erneuerung ihrer Alterspolitik steht Gemeinden und Regionen die Expertise des Instituts Alter als Dienstleistungsangebot zur Verfügung. Es basiert auf dem hier dargestellten ganzheitlichen Ansatz, versteht den Altersbereich als Querschnittaufgabe und orientiert sich an den Ansätzen der WHO. Das BFH-Modell Alterspolitik besteht aus einem Werkzeugkoffer, der für jede Gemeinde und Region ein massgeschneidertes Angebot bereithält.

Weitere Informationen finden Sie über bfh.ch/alterspolitik

Prof. Dr. Regula Blaser, Dozentin
regula.blaser@bfh.ch

... promovierte in Psychologie. Sie forscht und lehrt am Institut Alter unter anderem zu Wohnformen im Alter und Demenzerkrankungen.

Prof. Matthias von Bergen, Dozent
matthias.vonbergen@bfh.ch

... beschäftigt sich am Arbeitsschwerpunkt Soziale Organisation insbesondere mit Sozial- und Alterspolitik, Sozialmanagement und Reformprojekten im Sozialbereich.

«Es ist beinahe unmöglich, nicht rassistisch zu sein»

Asmaa Dehbi ist Doktorandin am Schweizerischen Zentrum für Islam und Gesellschaft der Universität Fribourg. Seit 2017 leitet sie ein Diskussionsforum für muslimische Jugendliche in Zürich und ist Leitungsmitglied des Instituts Neue Schweiz (INES), ein Thinktank rund um Migration, Vielfalt und Rassismus.

Das schriftliche Interview führte Prof. Dr. Eveline Ammann Dula im Juni 2021.

Wir alle haben uns Erklärungsmuster angeeignet, die wir hinterfragen müssen, weil sie zu einfach und oft rassistisch sind. Im Kern ist es das, was die aktuelle Rassismusdebatte fordert. Die BFH widmet dem Thema im Herbstsemester eine öffentliche Vorlesungsreihe. Wir stellen Ihnen eine der Referent*innen vor.

Sie haben in ihrer Masterarbeit den antimuslimisch begründeten Rassismus in der Sozialen Arbeit aufgearbeitet. Weshalb ist dies ein wichtiges Thema für die Soziale Arbeit?

Asmaa Dehbi: Die Soziale Arbeit als Profession reflektiert und führt Diskussionen darüber, wie sie möglichst diversitätssensibel handeln kann. Dabei fällt auf, dass die Differenzlinie «Islam» im Vergleich zu anderen Zuordnungs- und Differenzkategorien wenig Beachtung findet. Sie wird oft unter dem Themenkomplex «Migration» subsumiert. Dabei symbolisiert der Islam gegenwärtig oft das Fremde. Dies zeigt sich insbesondere an der Figur des «muslimischen Flüchtlings». Häufig legitimieren Einheimische den Umstand, dass sie geflüchtete Menschen ablehnen damit, dass diese «anders» seien und beziehen sich dabei auf deren Muslimischsein. Gleichzeitig äussern gerade auch (sozial-)pädagogische Institutionen einen zunehmenden Bedarf an einem angemessenen Umgang mit religiöser Vielfalt. Auch deshalb wird die Notwendigkeit der Beschäftigung mit antimuslimisch begründetem Rassismus immer häufiger erkannt. Das motivierte mich, im Rahmen meiner Masterarbeit der Frage nachzugehen, wie diese Themenkomplexe aus einer sozialpädagogischen Perspektive professionell bearbeitet werden können.

Sie schreiben in Ihrer Masterarbeit, dass viele Menschen trotz umfassender Arbeiten die Funktionsweisen von Rassismus kaum kennen. Betrifft dies auch die Soziale Arbeit?

Ich denke, dass dies erstmal ein gesamtgesellschaftliches Phänomen ist. Unterschiedliche Rassismen und auch der antimuslimische Rassismus werden häufig als schwer verständliche und überraschende Einzelphänomene behandelt. Das führt in der Regel dazu, dass auch im sozialpädagogischen Praxisalltag kaum darüber nachgedacht wird. Dazu kommt, dass auch in der Wissenschaft eine Verknüpfung von Rassismus- und Migrationsforschung mit Theorien Sozialer Arbeit erst am Anfang steht. Gegennarrative zum herrschenden Islamdiskurs werden in der Tat kaum wahrgenommen. Das hat unter anderem damit zu tun, dass es für muslimische Adressat*innen aufgrund ihrer Minderheitenposition häufig besonders schwer ist, eigene Sichtweisen und Erfahrungen zu thematisieren und dabei «gehört» zu werden.

«Eine reflexive und zugleich rassismuskritische Professionalität erfordert, dass wir ein Kernverständnis für antimuslimischen Rassismus entwickeln. Das bedeutet, sich des eigenen Vorwissens im Hinblick auf muslimische Adressat*innen bewusst zu werden.»

Sie schreiben, die Thematisierung von Rassismus rufe oft «chronische Überraschtheit» und massive Abwehrreaktionen hervor. Wie zeigt sich dies in der Praxis und wie können wir solche Abwehrreaktionen überwinden?

Die Forschung zeigt, dass sich Menschen ihrer eigenen Verstrickung in rassistische Logiken wenig bewusst sind und sich im Alltag kaum Gedanken darüber machen. Auch in der Wissenschaft, in der Praxis Sozialer Arbeit sowie im Bildungsbereich wird rassistischen Deutungsschemata wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Professionelle zeigen oft wenig interessierte bis ignorante oder leugnende Handlungspraxen gegenüber Adressat* innen und ihren Rassismuserfahrungen. Wenn ▸

dann etwa Heimbewohner*innen von Rassismuserfahrungen berichten, tun sich Sozialpädagog*innen oft schwer damit, dies offen anzusprechen. Sie leugnen entsprechendes Handeln oft oder verharmlosen es, indem sie es als unproblematisch darstellen. Dies hängt auch damit zusammen, dass in der medialen Öffentlichkeit häufig suggeriert wird, Rassismus trete nur in Form von extremen, offen gewalttätigen Übergriffen auf. So gerät Rassismus als subtiler und handlungsleitender Bestandteil alltäglicher Praxisformen gar nicht erst ins Blickfeld. Dabei wäre es zentral, dass man einsieht: Rassistische Bilder und Deutungsmuster sind tief in den Institutionen und Strukturen unserer Gesellschaft verankert und es ist darum beinahe unmöglich, nicht rassistisch zu sein. Ein erster Schritt bei der Überwindung von Abwehrreaktionen müsste darin bestehen, den Rassismusbegriff in seiner Alltäglichkeit und Unabsichtlichkeit anzuerkennen.

Sie erwähnten auch die «McDonaldisierung» der Sozialen Arbeit. In welchem Zusammenhang steht diese Tendenz mit Rassismus?

Mit der These der «McDonaldisierung» wird eine Soziale Arbeit beschrieben, die sich überwiegend durch wirtschaftliche, also effizienz- und leistungsorientierte, Logiken begründet sieht. Das heisst: oftmals werden Äusserungen und Anliegen von Klient*innen unter bereits bestehende und formalisierte Verfahren subsumiert. Im Migrationskontext kann das bedeuten, dass komplexe, ungewisse und mehrdeutige Situationen mittels standardisierter Leitfäden oder Checklisten gedeutet werden und die individuellen Anliegen und Bedürfnisse der Betroffenen in den Hintergrund rücken. Es ist empirisch belegt (z.B. Attia, 2013), dass der Blick im Migrationskontext zunehmend auf den Erklärungsfaktor «Islam» gerichtet wird, um Problemsituationen deuten zu können. Diese Tendenz soziale Problemlagen zu «islamisieren», kann sich verschärfen, wenn Professionelle unter hohem Handlungsdruck stehen. Dies führt zu «kulturellen Kurzschlüssen», wie Terkessidis (2018) schreibt, indem voreilig abstrahiert und generalisiert wird – beispielsweise wenn eine armutsbedingte Problemsituation eines Menschen auf dessen religiöse Zugehörigkeit zurückgeführt wird.

Welche Empfehlungen geben Sie Fachpersonen der Sozialen Arbeit für ihre Arbeit in der Praxis?

Eine reflexive und zugleich rassismuskritische Professionalität erfordert, dass wir ein Kernverständnis für antimuslimischen Rassismus entwickeln. Das bedeutet, sich des eigenen Vorwissens im Hinblick auf muslimische Adressat*innen bewusst zu werden. Wir müssen uns mit historisch entstandenen rassistischen Bildern und Erklärungsmustern auseinandersetzten, die wir in unserer Sozialisation erlernt haben. Dabei müssen wir bestehendes Wissen sichtbar machen, über das wir unbewusst und tieferliegend verfügen. Zudem ist es wichtig, dass wir die lebensweltliche Perspektive von muslimischen Adressat*innen einbeziehen, ihre Rassismuserfahrungen ernst nehmen und sie nicht bagatellisieren. Auf der Ebene der Institutionen bedarf es zudem geschützter Gefässe, damit sich Professionelle und Adressat*innen mit antimuslimischem Rassismus auseinandersetzen können und vermeintlich Selbstverständliches hinterfragt werden kann. Ich denke dabei etwa an die Ausgestaltung von Räumen oder die in einer Institution vorhandenen Bildungsmaterialien. ■

Veranstaltungsreihe «unterdrückt – ausgegrenzt?»

Im Herbstsemester 2021 widmet das Departement Soziale Arbeit eine öffentliche Veranstaltungreihe den verschiedenen Formen von Ein- und Ausgrenzung in der Gesellschaft. Die Abendveranstaltungen bieten Gelegenheit, sich Fragen der Wirkung von Unterdrückung und Dominanz, Macht und Herrschaft im Zusammenhang mit Ungleichheitskategorien wie «Rasse», Religion, Klasse und Geschlecht zu stellen. Pro Abend wird je ein spezifisches Thema mit einem Impulsreferat und einer moderierten Diskussion beleuchtet. Zu den Referent*innen gehört auch Asmaa Dehbi. Die Veranstaltungsreihe soll Studierende, Fachpersonen und die breite Bevölkerung miteinander ins Gespräch bringen.

Information, Termine und Anmeldung unter
bfh.ch/soziale-arbeit/ausgegrenzt

Das Gespräch nimmt Bezug auf die folgende Masterarbeit:
Dehbi, A. (2019): Professionsorientierte Prämissen im sozialpädagogischen Umgang mit antimuslimischem Rassismus (unveröffentlichte Masterarbeit). Universität Zürich.

Literatur

- Attia, I. (2013). Perspektivenwechsel durch Dekonstruktion. Islamdiskurs und (rassismus-)kritische Soziale Arbeit. In B. Hünersdorf (Hg.). *Was ist und wozu betreiben wir Kritik in der Sozialen Arbeit? Disziplinäre und interdisziplinäre Diskurse.* S. 333–350. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Terkessidis, M. (2018). *Interkultur.* 7., überarbeitete Aufl. Berlin: Suhrkamp.

Prof. Dr. Eveline Ammann Dula, Dozentin
eveline.ammann@bfh.ch

… unterrichtet im Bachelor Soziale Arbeit mit den Schwerpunkten Intersektionalität, Migration sowie internationale Dimension der Sozialen Arbeit.

Veranstaltungsreihe «unterdrückt – ausgegrenzt?»

Die Veranstaltungsreihe startet am 20. September mit Dr. Kerstin Duemmler, Eidg. Hochschulinstitut für Berufsbildung zu «Soziale Anerkennung: Ein Blick auf symbolische Ein- und Ausgrenzungen unter Jugendlichen».

Alle acht Abendveranstaltungen sind öffentlich und bieten ein Fachreferat sowie Raum für Diskussion und Reflexion. Die Veranstaltungen können einzeln besucht werden.

Weitere Informationen und Anmeldung
bfh.ch/soziale-arbeit/ausgegrenzt

Generationenwohnen im Holliger-Areal – Talk über den Mittag

Unter dem Motto «Gemeinsam. Vielfältig. Daheim» entsteht im Westen von Bern die Neubausiedlung Holliger. In den letzten Jahren haben sechs gemeinnützige Bauträger gemeinsam ein Areal entwickelt, in dem die unterschiedlichen Generationen miteinander und nicht nur nebeneinander wohnen werden. Was sind die Erfahrungen, welche dieses Bauprojekt auf dem Weg zum Generationenwohnen gemacht hat? Und wie lässt sich eine gute Basis für Generationenwohnen schaffen? Diese Fragen werden im Rahmen des 101-jährigen Jubiläums der Wohnbaugenossenschaften Bern-Solothurn im Berner Generationenhaus diskutiert – unter anderem aufgrund einer Studie des Instituts Alter, welche die Entstehung der Siedlung Holliger begleitete.

Weitere Informationen
wiewollenwirwohnen.ch

Bildung in der schulergänzenden Betreuung – was heisst das konkret?

Schulergänzende Betreuung ermöglicht Kindern und Jugendlichen, sich Kompetenzen wie beispielsweise Kommunikations- oder Konfliktfähigkeiten anzueignen. Dies sind Kompetenzen, die im Lehrplan 21 verankert sind und ein gelingendes Aufwachsen von Kindern unterstützen. Somit sind Bildung und Betreuung als gemeinsamer Auftrag zu denken und nicht als Kontraste. Allerdings bleibt bisher vage, worin der Bildungsauftrag der schulergänzenden Betreuung besteht und auf welchen Grundlagen dieser basiert.

Die Fach- und Praxistagung richtet sich an Personen aus der strategischen und operativen Leitungsebene sowie an zuständige Personen von kantonalen Fachstellen. Sie wird von der BFH und kibesuisse verantwortet und findet an der BFH in Bern statt.

Weitere Informationen
kibesuisse.ch/fachtagung-seb/

Master in Sozialer Arbeit

Qualifizieren Sie sich für anspruchsvolle Aufgaben in Praxis, Forschung und Lehre. Der Master in Sozialer Arbeit bietet neue Perspektiven für Fachleute der Sozialen Arbeit. Besuchen Sie unsere Infoveranstaltung online oder sobald wie möglich wieder in Bern:

– Montag, 13. September 2021
– Montag, 18. Oktober 2021
– Mittwoch, 17. November 2021
– Dienstag, 14. Dezember 2021
– Dienstag, 11. Januar 2022

Jeweils um 12 Uhr vor Ort und um 18.15 Uhr via MS-Teams

Anmeldung und weitere Informationen
masterinsozialerarbeit.ch

MASTER
IN SOZIALER
ARBEIT

BERN
LUZERN
ST.GALLEN

Informationen zu unseren Infoveranstaltungen für den Bachelor in Sozialer Arbeit
bfh.ch/soziale-arbeit/infoveranstaltungen-studium

Unsere Infoveranstaltungen für Weiterbildungsangebote
bfh.ch/soziale-arbeit/infoveranstaltungen-wb

INSTITUTIONELL AKKREDITIERT NACH
HFKG 2017–2024

swissuniversities

EFQM Member
Shares what works.

Impressum impuls 3/2021

Herausgeberin: Berner Fachhochschule BFH, Departement Soziale Arbeit
Erscheinungsweise: 3× jährlich
Auflage: 8600 Exemplare
Redaktion: Martin Alder, Beatrice Schild, Oliver Slappnig, Katalin Szabó
Fotos: Deborah Steiner (Titelseite oben, im Bild sind Freiwillige des Vereins Medina Bern zu sehen); Jan Zychlinski (Titelseite unten, 2 Mitte, 13, 19); Rolf Weiss (8), iStock (10, 20, 23, 25, 29), Oliver Slappnig (4–5, 14–15, 17); Alexander Jaquemet (28); restliche: zVg

Layout: Oliver Slappnig
Druck: Vögeli AG, Langnau
Copyright: Texte und Bilder sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion.
Abonnement: bfh.ch/soziale-arbeit/impuls

ISSN 1661-9412 (print), ISSN 2624-666X (online)

Höchster Standard für Ökoeffektivität.
Cradle to Cradle Certified™-Druckprodukte hergestellt durch die Vögeli AG.
Bindung ausgenommen.

Berner Fachhochschule
Soziale Arbeit
Hallerstrasse 10
3012 Bern

Telefon +41 31 848 36 00

soziale-arbeit@bfh.ch
bfh.ch/soziale-arbeit

Studium
- Bachelor und Master in Sozialer Arbeit

Weiterbildung
- Master, Diploma und Certificate of Advanced Studies
- Kurse
- Betriebsinterne Weiterbildungen

Dienstleistungen
- Evaluationen und Gutachten
- Entwicklung und Beratung
- Bildung und Schulung

Angewandte Forschung und Entwicklung
- Soziale Intervention
- Soziale Organisation
- Soziale Sicherheit
- Institut Alter